Nr. 300. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Donnerstag, 30. Juni 1898.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Zum Jubiläum des hohen Bundesgenossen Deutschlands, des Kaisers Franz Joseph in Wien.

Es scheint, als ob ein eigenes Verhängniß über Oesterreich walte, als wollten die Kaiser Oesterreichs sich mit den zuverlässigsten und treuesten Volksstämmen ihres Reiches entzweien, sie reizen und verletzen und dadurch wohl selbst das Verderben ihres Reiches muthwillig herbeiführen.

Es sind die Herrscher Oesterreichs von 1437 bis 1866, also über 400 Jahre, Kaiser Deutschlands gewesen; aber statt in dieser Zeit Deutschland zu fördern und zu heben, haben sie seit den Zeiten der Reformation, am schlimmsten aber im dreißigjährigen Kriege Deutschland mit Krieg überzogen und es dadurch derart verwüstet, daß Deutschland, welches vor dem dreißigjährigen Kriege 40 Millionen wohlhabende und in den Städten gebildete Einwohner zählte, nach dem Kriege nur 10 Millionen ganz verarmte Einwohner besaß und daß Deutschland die ganze folgende Zeit bis 1866 der Tummelplatz aller europäischen Kriege, ihrer Verwüstung und Seuchen geblieben ist, und erst zu neuem Glanze erwacht ist, als 1866 die Kaiser Oesterreichs aus Deutschland ausgeschlossen wurden, und Deutschland unter dem Scepter der Hohenzollern zu neuer Macht und neuem Glanze emporstieg.

Frankreichs Kaiser Napoleon III. konnte dies Emporblühen Deutschlands nicht ohne Neid und ohne Mißgunst ansehen; er erklärte, als er sich genug gerüstet, wie durch Erfindung der Chassepot-Gewehre und der Mitrailleusen den Deutschen überlegen glaubte, den Deutschen unter dem Rufe: „à Berlin, à Berlin!" am 19. Juli 1870 den Krieg, verlor aber so Schlacht auf Schlacht, daß Straßburg und Metz eingeschlossen und Napoleon III. selbst mit seinem Heere am 2. September 1870 bei Sedan gefangen genommen wurde. König Wilhelm I., der Sieger, ward demnächst am 1. Januar 1871 in Versailles von den Deutschen zum deutschen Kaiser berufen.

Wir hatten im September 1870 persönlich Gelegenheit, in ganz Deutschland, wie in Oesterreich, namentlich in Tirol und Steiermark, die Begeisterung zu erleben, welche diese Erfolge in allen Schichten der Bevölkerung vom schlichten Arbeitsmann und Senner bis zum gelehrten Professor, bei Mann und Weib hervorriefen und uns oft in österreichischen Landen den Wunsch vernehmen ließen: „Wir wären am liebsten schon deutsch!"

Jetzt konnten die Kaiser Oesterreichs alle Deutschen in ihren Landen für sich gewinnen, wenn sie, auf die Deutschen, den gebildetsten Volksstamm ihres Reiches, gestützt, im Bunde mit Deutschland ihr Land mehr und mehr hoben und den Bewohnern alle Segnungen Deutschlands zuführten.

Statt dessen haben die Kaiser Oesterreichs die Deutschen von sich gestoßen und den Slaven ihres Reiches, den Czechen und Mähren, den Polen und Galiziern, den ungebildeten Slowaken, ihre Gunst zugewendet, zum offenbaren Schaden ihres Reiches.

Glauben denn die Kaiser Oesterreichs, daß dies je zu einem guten Ende führen kann? Sehen sie nicht, daß sie hiermit die beiden bedeutendsten Volksstämme ihres Landes, die Magyaren in Ungarn und die Deutschen in Cisleithanien vor den Kopf stoßen und damit ihrem Reiche einen viel größeren Schaden zufügen, als irgend ein Feind ihnen bereiten könnte?

Deutschland ist ein echter Freund Oesterreichs, ein treuer und zuverlässiger Bundesgenosse; aber diesem sich selbst zerstörenden Treiben der österreichischen Staatsmänner steht es ohnmächtig und bedauerud gegenüber.

Möchte doch der österreichische Kaiser auf die Stimme seines Bundesgenossen, des deutschen Volkes hören und hierin baldigst Wandel schaffen. Dies der innigste Wunsch jedes ehrlichen Deutschen zum Jubiläum des uns verbündeten österreichischen Kaisers Franz Joseph.

Die Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes.

Die erste umfassendere Untersuchung über die Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes und deren Verhältniß zu den Bodenwerthen fand in Preußen im Jahre 1883 statt. Im nämlichen Umfange, dazu noch in zehn Amtsgerichtsbezirken der Rheinprovinz, die 1883 ausgeschlossen blieben, haben im Jahre 1896 neue Erhebungen stattgefunden, deren Ergebnisse soeben in der „Zeitschrift des königlich preußischen statistischen Bureaus" veröffentlicht worden sind.

Die Gesamtbewegung der Verschuldung ist nach der amtlichen Darstellung aufwärts gegangen. In Einheiten des Grundsteuer-Reinertrags ausgedrückt, ist sie von 23,59 auf 29,24 gestiegen, also um etwa ein Viertel in etwas über 13 Jahren. Gruppirt man die Probebezirke provinzweise, so ergiebt sich nachstehende Reihenfolge nach der Höhe der Verschuldung: Posen mit 42,54 (1883: 36,09), Ostpreußen mit 36,57 (26,40), Schlesien mit 32,61 (28,36), Westpreußen mit 31,70 (25,95), Brandenburg mit 31,50 (24,64), Pommern mit 25,11 (21,27), Hessen-Nassau mit 24,19 (10,99), Hannover mit 20,23 (14,43), Sachsen mit 18,96 (14,67), Schleswig-Holstein mit 16,20 (12,09). Was die einzelnen Besitzgruppen betrifft, so ist die Verschuldung bei den Fideikommiß- und Stiftungsgütern nur gering, nämlich von 6,77 auf 7,04 gestiegen. Dagegen ist bei den Besitzungen von 1500 und mehr Mark Grundsteuer-Reinertrag die Verschuldung von 28,13 auf 33,39 Grundsteuer-Ertragseinheiten gestiegen, und zwar in den Bezirken aller betheiligten Provinzen. Besonders stark ist das Wachsthum der Verschuldung von 44,99 auf 52,48 in Posen, obwohl dort zahlreiche überschuldete Besitzungen dieser Klasse durch Aufkauf und Zerstückelung von Seiten der Ansiedelungskommission in Wegfall gekommen sein dürften, wofür auch die erhebliche Verminderung in der Anzahl und dem Grundsteuer-Reinertrage der Besitzungen spricht. Eine verhältnißmäßig geringe Zunahme der Verschuldung zeigen Hannover, Schlesien und Sachsen. Erfreuliche Ergebnisse bietet im Allgemeinen die Gruppe der Besitzungen von 300 bis unter 1500 Mark Grundsteuer-Reinertrag, deren Verschuldung von 18,02 auf 24,81 gestiegen ist. Ein sehr günstiges Bild gewähren namentlich die zahlreichen gering verschuldeten, bäuerlichen Besitzungen dieser Gruppe in den Bezirken Jüterbog, Kyritz und Zanow mit 304 bezw. 297 und 122 Besitzungen und 12,68 bezw. 19,54 und 7,83 Mark Schulden auf je 1 Mark Grundsteuer-Reinertrag, ferner die sächsischen Bezirke. Sehr beträchtlich ist die Verschuldungszunahme bei der bisher verhältnißmäßig günstig gestellten Besitzgruppe von 90 bis unter 300 Mark Reinertrag: im Ganzen von 18,72 auf 29,03 im Jahre 1896. Verhältnißmäßig sehr günstig stehen bei dieser Besitzklasse wieder im Gegensatze zu den übrigen Klassen die Probebezirke der Provinz Posen. Bei den Besitzungen von weniger als 90 Mark Reinertrag ist die Verschuldungsziffer von 46,06 auf 55,17 gestiegen. Im Einzelnen sind die Ergebnisse sehr ungleichmäßig. Viele Bezirke zeigen eine Abnahme der Verschuldung. Eine wesentliche Besserung verzeichnen die hannoverschen Bezirke. Von besonderem Interesse sind die Ergebnisse der Erhebungen in den 10 Bezirken des Rheinlandes, welches im Jahre 1883 noch garnicht in die Untersuchung einbezogen worden war. Sie sind sehr ungleichartig, ergeben jedoch nirgends eine auffällig hohe Buchverschuldung.

Eine Aufwärtsbewegung der Bodenverschuldung im Allgemeinen ist ja nach den amtlichen Zahlen nicht zu leugnen; eine ganz andere Frage aber ist es, ob diese steigende Tendenz im Sinne einer Verschlechterung der Lage des landwirthschaftlichen Gewerbes zu deuten ist. Ganz abgesehen von den zahlreichen günstigen Ergebnissen der Erhebung das Jahres 1896 muß eine etwaige Auslegung dieser Statistik dahin, daß sie die Grundlage für ein richtiges Bild der landwirthschaftlichen Verhältnisse biete, zurückgewiesen werden. Dafür wäre erforderlich zu wissen, zu welchem Zwecke die jeweiligen Schulden aufgenommen sind; denn es ist doch ein fundamentaler Unterschied, ob ein dem Ruin verfallender Landwirth zu Wucherzinsen noch eine Hypothek auf sein Grundstück aufnimmt, oder ob eine solche Aufnahme seitens eines wohlsituirten Landwirths zu Meliorationszwecken geschieht. Im letzteren Falle ist die Schuld eine produktive Anlage, welche den Werth des Grundstücks erhöht. Mit derartigen statistischen Aufnahmen ist für die Beurtheilung der Lage eines Gewerbes sehr wenig gethan.

Die Preußische Zentral-Genossenschaftskasse

stand nach ihrem soeben erstatteten Geschäftsbericht für das dritte Geschäftsjahr vom 1. April 1897 bis dahin 1898 am 1. April 1897 mit 34 Vereinigungen und Verbandskassen eingetragener Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften im Geschäftsverkehr. Im Lauf des Etatsjahrs wurden mit 9 Verbandskassen Geschäftsverbindungen neu angeknüpft, einer Verbandskasse wurde der Geschäftsverkehr gekündigt, so daß am 31. März 1898 mit der Zentralgenossenschaftskasse 42 Vereinigungen und Verbandskassen eingetragener Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften in Geschäftsbeziehung standen. Seit dem 1. April 1898 sind neu hinzugekommen oder in der Bildung begriffen 7 Verbandskassen. Ferner unterhielt die Zentralgenossenschaftskasse während des laufenden Geschäftsjahrs mit neun landwirthschaftlichen (ritterschaftlichen) Darlehnskassen und von den Provinzen errichteten, der Förderung des Personalkredits dienenden gleichartigen Instituten Geschäftsverbindung. Der Gesamtumsatz der Kasse von beiden Seiten des Hauptbuchs (einschließlich Saldovorträge) betrug im Etatsjahr 1897/98 1 987 852 162,82 Mark. Davon entfielen auf den Verkehr mit der General-Staatskasse 52 900 000 Mark, mit der Reichsbank 61 000 500 Mark, mit der Bank des Berliner Kassenvereins und anderen Geldinstituten und Firmen 217 110 472,10 Mark, mit Vereinigungen und Verbandskassen eingetragener Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften 226 809 812,99 Mark, und zwar in laufender Rechnung 142 570 997,85 Mark, im Wechselverkehr 26 561 458,97 Mark und im Lombardverkehr 57 677 356,17 Mark, endlich mit den für die Förderung des Personalkredits bestimmten landschaftlichen (ritterschaftlichen) Darlehnskassen und den von den Provinzen (Landeskommunalverbänden) errichteten gleichartigen Instituten 119 329 903,64 Mark. Der Zinsgewinn der Kasse beläuft sich auf 1 544 411 Mark, dagegen sind Zinsen gezahlt im Betrage von 1 013 832,68 Mark, so daß Ende März 1898 ein Zinsgewinn von 530 578,32 Mark verblieb. Der gesamte Geschäftsgewinn betrug 902 408,05 Mark. In Abzug kommen die Verwaltungskosten in Höhe von 155 249,51 Mark, so daß ein Reingewinn von 747 158,54 Mark oder 3,735 v. H. des Grundkapitals verbleibt. Davon ist entsprechend dem Gesetz vom 8. Juni 1896 ein Fünftel in Höhe von 149 431,70 Mark dem Reservefonds zugeführt, während vier Fünftel in Höhe von 597 726,84 Mark zur Verzinsung der Einlagen (des Grundkapitals) verwendet worden sind. Dies entspricht einer Verzinsung von 2,988 v. H. für die Einlagen des Staates im Betrage von 20 000 000 Mark. Für das erste halbe Geschäftsjahr (vom 1. Oktober 1895 bis Ende März 1896) betrug die Verzinsung 2,59 und 1,79 v. H., für das zweite Geschäftsjahr (vom 1. April 1896 bis Ende März 1897) 3,21 und 1,61 v. H. Der Reservefonds hat im Ganzen erhalten aus dem Jahr 1995/96 22 339,25 Mark, aus dem Jahr 1896/97 46 780,67 Mark, und wird erhalten aus dem Geschäftsjahr 1897/98 149 431,70 Mark, zusammen 218 551,62 Mark. An die Staatskasse sind abgeführt aus dem Jahr 1895/96 22 339,25 Mark, aus dem Jahr 1896/97 187 122,70 Mark, und sollen abgeführt werden aus dem Geschäftsjahr 1897/98 597 726,84 Mark, zusammen 807 188,79 Mark. Von Spar- und Kommunalkassen wurden im Laufe des Geschäftsjahres bis Ende März 1898 entliehen 9220 691,28 Mark, zurückgezahlt 11 748 010,03 Mark. An Depositengeldern wurden von solchen Kassen im gleichen Zeitraum eingezahlt 50 128 601,54 Mark, abgehoben 48 461 991,40 Mark. Unter den Inhabern der Ende März in Benutzung befindlichen 277 Depositenkonten waren 211 Spar- und Kommunalkassen.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Die Nachrichten vom spanisch-amerikanischen Kriegsschauplatz laufen sehr spärlich ein und sind nicht geradezu geeignet, das allgemeine Interesse wach zu erhalten. Gestern Abend traf eine Madrider Meldung ein, die mit größter Vorsicht aufzunehmen ist, wonach die amerikanische Armee auf Kuba sich nach der Küste zurückgezogen, dort ein verschanztes Lager bezogen habe und Verstärkungen abwarte. Wie schwierig auch die Lage der anscheinend allzu hastig gegen Santiago vorgedrungenen Abtheilungen des Shafterschen Korps sein mag, so ist doch anzunehmen, daß Shafter Alles daran setzen wird, die überraschend schnell errungenen Vortheile und Stellungen festzuhalten, bis Belagerungsartillerie und Verstärkungen herangebracht werden können. Die Hauptmasse seiner Truppen mag der General an der Küste lagern lassen, seine Vorhut von Sevilla zurückzuziehen, könnte ihn jedenfalls nur die äußerste Noth bestimmen.

In einer Drahtung des Generals Shafter vom 27. d. Mts. heißt es, der Gesundheitszustand seiner Truppen sei vortrefflich; außer den Verwundeten seien nur 150 Mann krank. — Weiter meldet General Shafter in einer heute bei General Miles eingegangenen Drahtung, er könnte Santiago innerhalb 48 Stunden nehmen; es könnten aber beträchtliche Verluste damit verbunden sein. — Eine Drahtung des Admirals Sampson vom 29. d. Mts. zollt Garcia persönlich sowie dem Verhalten der Kubaner im Allgemeinen lebhafte Anerkennung. — In der Proklamation, die General Merritt bei seiner Ankunft vor Manila erlassen wird, wird sich auch die Erklärung befinden, daß die verschiedenen Bekenntnisse vollkommene Freiheit genießen sollen.

Eine Depesche der „Tribune" aus Kairo meldet, die egyptische Regierung habe bestimmte Mittheilung, daß die spanischen Kohlenschiffe 9000 Tons Kohlen führen. Die Regierung habe daher den Gouverneur von Port Said angewiesen, dem Admiral Camara mitzutheilen, daß er unter keinerlei Vorwand die Erlaubniß erhalten könne, Kohlen einzunehmen.

Madrid, 29. Juni. Die Königin-Regentin wird heute einen Erlaß unterzeichnen, worin die Ermächtigung ertheilt wird, unverzüglich in Cadiz eine Hülfskreuzerdivision zu formiren, die aus vier für den Krieg ausgerüsteten Dampfschiffen bestehen soll.

Aus dem Reiche.

Wie aus Kiel gemeldet wird, verweilte der **Kaiser** gestern Nachmittag einige Zeit auf der englischen Yacht „Raimbow", nahm darauf am Tennisspiel in der Marineakademie Theil und kehrte um 6 Uhr nach der „Hohenzollern" zurück. Gegen Abend begab sich der Kaiser wiederum nach der Marineakademie, besichtigte zunächst die dort aufgestellten historischen Sammlungen und nahm sodann im Vestibul eigenhändig die Preisvertheilung für die bisherigen Regatten der Kieler Woche vor. An dem sich anschließenden Diner im kaiserlichen Yachtklub nahmen Theil der Erbgroßherzog von Oldenburg, der Fürst von Schaumburg-Lippe, Herzog Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein, der Fürst von Monaco, viele Admirale und die Mitglieder des Klubs. — **Prinz Adalbert** wird sich, wie aus Kiel drahtlich gemeldet wird, nach Beendigung der „Kieler Woche" auf dem Schulschiff „Charlotte" einschiffen, das dann eine Fahrt nach Petersburg antritt. — **Oberlandesgerichtsrath von Buenan** in Marienwerder ist an Stelle des Reichsgerichtsraths Dr. Rassow zum Reichsgerichtsrath vom 1. Juli ab ernannt worden. — Die in Arnswalde tagende 52. Jahresversammlung des **Brandenburgischen Gustav Adolf-vereins** hat an den Kaiser das nachfolgende Huldigungstelegramm gesandt: Euer Majestät wagt die Jahresversammlung des brandenburgischen Hauptvereins der Gustav Adolfstiftung auch diesmal mit dem Ausdrucke ihrer ehrfurchtsvollen Huldigung zu nahen. In Arnswalde, an der äußersten Ostgrenze der Mark Brandenburg tagend, empfindet die Jahresversammlung diesmal noch mehr als sonst die Verpflichtung, den evangelischen Glaubensgenossen in den Nachbarprovinzen Westpreußen und Posen die Fürsorge ihrer Brüderliebe angedeihen zu lassen und in ihnen mit dem Evangelium zugleich, die in unwandelbarer Treue zu Kaiser und Reich sich bewährende vaterländische und deutsch-nationale Gesinnung pflegen und fördern zu helfen. — In Hanau ist die **Errichtung eines großen Kornlagerhauses** beschlossen worden. Das Staatsministerium hat die Baupläne dazu bereits genehmigt. Der Bau des Silos soll noch vor Eintritt des Winters beendet sein. — Die **Ansiedelungskommission** hat, dem „Pos. Tgbl." zufolge, in der Nähe der Stadt Kriewer bereits drei unmittelbar zusammenhängende Güter erworben, Kieszewo, Zymnice und Myaskowo. Auf dem erstgenannten sind schon acht Ansiedlerstellen besetzt. Es ist die Gründung einer evangelischen Parochie geplant. Die neue zu erbauende Kirche soll in Zymnice errichtet werden. Ferner steht auch die Gründung zweier neuen evangelischen Schulen in Aussicht. — Das **Königs-Grenadierregiment Nr. 7** in Liegnitz hat die Anordnung getroffen, daß eine Anzahl armer Personen aus den Küchen der Soldaten Mittagessen erhalten. Zu diesem Zwecke sind dem Magistrat eine entsprechende Zahl von Karten zur Vertheilung an Arme überwiesen worden.

Deutschland.

Berlin, 30. Juni. Ueber die künftige Haltung der nationalliberalen Partei äußert sich die „Nat.-Lib. Korr.". Sie hebt hervor, „daß kein einziger nationalliberaler Kandidat eine Verpflichtung eingegangen ist, die ihn in ein Abhängigkeitsverhältniß zu der Leitung des Bundes der Landwirthe bringt oder ihn in irgend einer Weise behindert, zu den Aufgaben, welche in Zukunft dem Reichstage gestellt werden, unbefangen und unabhängig Stellung zu nehmen". Daß die Leitung des Bundes der Landwirthe, nachdem die Wahlen erwiesen, wie kläglich sie trotz aller Großsprechereien gefahren ist, das Bedürfniß habe, den gegentheiligen Eindruck zu erwecken, sei ihr nicht zu verdenken: sie habe es verzweifelt nöthig. Die „Nat.-Lib. Korr." bemerkt weiter, daß „die Partei, wenn sie Einfluß behalten und bündnißfähig bleiben soll für jede loyal erwiderte Mitwirkung anderer Parteien, in erster Linie stark sein, auf eigenen Füßen stehen und die eigene Organisation weiter ausbauen und kräftigen muß, die sich diesmal in schwierigen Zeiten bewährt hat, wo keine zündende, die Gegensätze und Gleichgültigkeit bei Seite schiebende Parole vorgelegen, sondern nur der, leider an sich weniger wirksame, einfache Appell an das staatsbürgerliche Pflichtgefühl". Die Ansicht, daß „die Organisation sich bewährt" habe, erscheint uns allerdings in Anbetracht der Vorgänge in der Pfalz, in Flensburg-Apenrade und in einigen anderen Wahlkreisen sehr optimistisch; aber ganz in unserm Sinne ist es, wenn die „Nat.-Lib. Korr." im Hinblick auf die preußischen Landtagswahlen schreibt: Dies (der Ausbau der eigenen Organisation) ist umsomehr nothwendig, wo für die nationalliberale Partei in Preußen mit den Reichstagswahlen erst die Hälfte der Arbeit gethan ist. Im Oktober finden die Wahlen zum Abgeordnetenhause statt, und wir können nur rathen, schon jetzt dazu unter Ausnutzung der durch die Reichstagswahlen gebotenen Chancen die Vorbereitungen in Angriff zu nehmen. Die Aufgaben, welche in Preußen zu lösen sind, und die Parteiverhältnisse und Persönlichkeiten, die im Landtag maßgebenden Einfluß haben, sind zu einem nicht unwesentlichen Theil ganz andere, wie im Reichstag. Anders ist auch das Wahlrecht, das bei der Oeffentlichkeit der Stimmabgabe weit mehr der behördlichen Einwirkung Vorschub leistet, als sie bei den Reichstagswahlen, insbesondere in Hannover und Schleswig-Holstein, zu wirken vermochte. Zu alledem kommt für das Abgeordnetenhaus in Betracht, daß die nationalliberale Partei nicht nur mindestens dieselbe Stärke behalten, wie bisher, sondern auch in der Lage sein muß, die Wiederkehr der reaktionären Bestrebungen zu verhindern, die nur an ihrer Geschlossenheit in der verflossenen Legislaturperiode gescheitert sind. Die Lehren der verflossenen fünf Jahre des preußischen Landtags vor Augen und fußend auf dem moralischen Kapital, das die Landtagsfraktion angehäuft — das wird der Ausgang der Vorbereitungen für die preußischen Wahlen sein, der nächsten Aufgabe, welche die ganze Kraftanstrengung des gemäßigten Liberalismus, des Liberalismus überhaupt, verlangt, wenn er nicht der vereinigten Rechten gegenüber im größten Bundesstaat völlig einflußlos werden soll.

— Ueber die antisemitische, sogenannte „deutsch-soziale Reformpartei" fällt ihr antisemitischer Gesinnungsgenosse Dr. Paul Förster in der „Deutschen Reform" ein Urtheil, das man unterschreiben kann. In einem offenen Brief an einen Anhänger dieser Partei sagt er: „Meinen Sie denn, mit Ihrer deutsch-sozialen Staatskunst dem Volke wirkliches „Heil" bringen und eine Macht im öffentlichen Leben bilden zu können? Es ist eine Partei, die von vornherein an Siechthum, an Knochenerweichung gekrankt hat und nicht zu gesunden Kräften gelangen konnte; sie geht in Halbheit und Vorsichtigkeit, an Mangel politischer Durchbildung und Entschlossenheit niederwärts. Ja, sie ist eigentlich schon vollständig verwaschen und nicht mehr vorhanden als auf dem Papier."

— Bei dem Festessen der deutschen Kolonial-Gesellschaft in Danzig nahm auch Dr. v. Bennigsen das Wort und schöpfte aus dem reichen Born seiner Erfahrungen, als er ein lebendiges Bild vor den Ohren der Festtheilnehmer aufrollte über das stetige Erwachen nationalen Denkens und Thuns. Von der Zeit ausgehend, wo in Orten des Reiches die deutschen Ordensritter ihre Thätigkeit entfalteten, ging er schrittweise in der Geschichte vorwärts bis auf die Neuzeit, wo die deutsche Kolonial-Gesellschaft die Fahne kräftig entfaltete und das koloniale Verständniß in weite Kreise getragen hat, sowie die Erkenntniß dafür, daß Deutschland nicht mehr leer ausgehen dürfe bei der letzten Auftheilung der Erde. Wenn erst in 50 bis 100 Jahren Deutschland in einem großes kolonialen Besitze sein wird, gehören wir der Geschichte an, und wir dürfen dann auch ein Lorbeerblatt in Anspruch nehmen. Durch die Thätigkeit der deutschen Kolonial-Gesellschaft sei das Verständniß für diese Thätigkeit in weite Kreise gedrungen, wenngleich noch lange nicht so tief, wie in England. Redner gedachte ferner des Mannes, der lange Jahre an der Spitze der deutschen Kolonial-Gesellschaft gestanden, des Fürsten Hohenlohe-Langenburg, eines Mannes aus einer Familie, die so viele bedeutende Männer hervorgebracht habe. Mit aufrichtiger Dankbarkeit begrüßt es Redner, daß sich der derzeitige Präsident trotz Wahrnehmung seiner Regentenpflichten bereit erklärte, an der Spitze der deutschen Kolonial-Gesellschaft zu bleiben; es sei dies ein ganz ungewöhnlicher Entschluß gewesen. Mit dem Wunsche, daß es dem jetzigen Präsidenten noch lange vergönnt sein möge, an der Spitze der deutschen Kolonialgesellschaft zu stehen, brachte Herr von Bennigsen ein Hoch auf den Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg aus, das außerordentlich beifällig aufgenommen wurde. Stürmische Begeisterung rief der Trinkspruch des Bizepräsidenten Sachse auf den Fürsten Bismarck hervor, und mächtig ertönte als Ausklang dieses Toastes das Lied „Die Wacht am Rhein". Sowohl an den Fürsten von Hohenlohe, als den Fürsten Bismarck wurden Begrüßungstelegramme gesandt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 29. Juni. Kaiser Franz Josef besuchte heute die Festschießstätte im Prater, wo er 1½ Stunde verweilte. Der Kaiser wurde vom Erzherzog Franz Ferdinand, dem Ministerpräsidenten Grafen Thun, dem Kriegsminister Edler v. Krieghammer, dem Statthalter Grafen Kielmannsegg, Bürgermeister Dr. Lueger und dem Zentralkomitee empfangen und vom Publikum jubelnd begrüßt. Der Kaiser sprach die Mitglieder des Präsidiums an und drückte dem Fürsten Trautmannsdorf gegenüber seine hohe Befriedigung über den Verlauf der Waidmannshuldigung aus, dankte dem Bürgermeister noch ein Mal für den glänzenden Kinderfestzug, sprach darauf die Schützen an, nahm einen ihm kredenzten Trunk und trank unter den begeisterten Hochrufen der Versammelten auf das Wohl der Schützen. Beim Betreten der inneren Festhalle begrüßten ihn stürmische Hochrufe des Publikums; die Volkshymne wurde gespielt. Darauf besichtigte der Kaiser die Schießstätte des „Wintzerer Fähnlein", nahm den Begrüßungstrunk entgegen und trank auf das Wohl des Fähnleins. Er dankte dem Verein, daß er auf seine (des Kaisers) Einladung noch einen Tag in Wien verblieben war, wodurch dem Kaiser Gelegenheit geboten worden sei, diese Schützen zu sehen. Der Kaiser äußerte sich sehr lobend über die Anlage des Festplatzes, schrieb seinen Namen in das Gedenkbuch ein und verließ den Festplatz unter stürmischen Ovationen der Schützen.

Prag, 29. Juni. Der Gemeinderath der vereinigten Gemeinden Nusle und Pankratz bei Prag beschloß, die seit undenklichen Zeiten auf dem Ringplatz stehende Statue des heiligen Johannes in eine Hus-Statue umzumeißeln. Auf Einschreiten der kirchlichen Behörden verbot die Polizei die Ausführung. Trotzdem erschienen gestern Arbeiter und begannen der Statue den Kopf wegzumeißeln, worauf die Polizei einschritt und die Weiterarbeit untersagte. Die Statue wird seitdem von Schutzleuten überwacht.

Lemberg, 29. Juni. In Neusandec nahm die Menge die Verkündigung des Standrechtes mit dumpfem Schweigen hin. Die Wirkung in der Stadt war ungeheuer; man erwartet, daß die Ruhe nicht mehr gestört werden wird. Aus Zbyszyce wurden 21 Aufrührer, darunter eine Frau, gefesselt nach Neusandec gebracht. Ueber den Zusammenstoß in Loncko wird noch gemeldet, daß 400 Raubgesellen zwölf Gendarmen anfielen und mit Steinen bewarfen; drei Gendarmen feuerten, tödteten einen Bauern und verwundeten elf Personen schwer, wovon eine bereits gestorben ist. Die Fahrt des Statthalters Pininski nach Altsandec brachte endlich Klarheit über den Charakter der dortigen Ausschreitungen; es handelte sich um organisirte Raubzüge gegen die Juden, woran sogar angesehene Bürger theilnahmen. Das Landvolk wurde von ihnen offen zur Plünderung aufgefordert. Bei Hausdurchsuchungen fand man die geraubten Gegenstände zum großen Theil wieder. Der Statthalter drückte in der Ansprache an die Gemeindevorsteher und die Bürgerschaft seine tiefste Entrüstung über die Vorgänge aus und erklärte, daß alle Theilnehmer des Raubzuges verhaftet werden sollten. Trotz der Verkündigung des Standrechtes ist in Altsandec die Bestürzung noch groß.

Schweiz.

Bern, 29. Juni. Eine Eingabe der schweizerischen sozialdemokratischen Partei an die Bundesversammlung verlangt die sofortige Abschaffung der politischen Polizei.

Italien.

Rom, 29. Juni. Die „Agenzia Stefani" meldet, daß das Kabinet wie folgt konstituirt ist: Pelloux Präsidium und Inneres, Canevaro Auswärtiges, der Deputirte Finochiaro-Aprile Justiz, der Deputirte Carcano Finanzen, der Senator Vacehelti Schatz, der General di San Marzano Krieg, der Deputirte Admiral Palumbo Marine, Baccelli Unterricht, der Deputirte Lacava öffentliche Arbeiten, der Deputirte Fortis Ackerbau und der Deputirte Nunzio Nasi Post und Telegraphen. Die Minister werden morgen Vormittag dem Könige den Eid leisten.

Rußland.

Der letzte Rest der ehemals so umfangreichen Besitzungen des Reichskanzlers Fürsten v. Hohenlohe-Schillingsfürst in Rußland soll nun doch verkauft werden. Es handelt sich um Gut und Schloß Werki im Gouvernement Wilna und das Gut Notliboki im Gouvernement Minsk, den beiden Lieblingssitzen der verstorbenen Fürstin. Der Verkauf stößt indessen auf Schwierigkeiten, obwohl der Käufer der Repräsentant einer altadligen russischen Familie, nämlich Graf Kapnist, ist. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß thatsächlich die genannten Güter wiederum in den Besitz eines Ausländers übergehen würden, was doch im Zarenreiche unstatthaft ist. Die russische Regierung war ja eben dadurch veranlaßt, den Fürsten von Hohenlohe aufzufordern, diese Güter zu verkaufen, damit sie von ausländischen in russische Hände übergehen. Mit dieser Angelegenheit hat es nämlich folgende Bewandtniß: Der Graf Kapnist ist Schwiegersohn des bekannten Odessaer Bankiers Trabotti, welcher ihm auch das umfangreiche Kapital zum Ankauf der Güter vorschießt und somit faktisch Besitzer derselben wird. Das ist aber nicht statthaft, da Trabotti ein geborener Italiener ist. Da aber Kaiser Nikolai II. sich in Sachen des Hohenlohe'schen Güterverkaufs bisher sehr liberal gezeigt hat, so ist anzunehmen, daß die Angelegenheit leicht geregelt werden und der Kauf zu Stande kommen wird.

Die Mohamedanerrevolte in Khokand ist seitens der Russen streng geahndet worden. Wie eine in Petersburg veröffentlichte amtliche Depesche mittheilt, verurtheilte das Kriegsgericht zu Andischan am 23. d. M. Muhamed Ali Khan und fünf andere Häupter der Bande von Eingeborenen, welche den Angriff auf das russische Militärlager unternahmen, zum Tode durch den Strang. Das Urtheil wurde von Eingeborenen vollstreckt; die eingeborene Bevölkerung mußte der Urtheilsvollstreckung beiwohnen. Darauf wurden vor Aller Augen die grünen und rothen Fahnen, welche bei dem Angriff Muhamed Ali Khan's im Zuge getragen wurden, verbrannt. Das Telegramm fügt hinzu, in Fergana herrsche völlige Ruhe.

Türkei.

Konstantinopel, 29. Juni. Die französische Regierung richtete an die Pforte eine Note des Inhalts, daß die französische Regierung auf die letzte Rate der an die Türkei zugestandenen griechischen Kriegsentschädigung Beschlag legen werde, wenn die Regelung der Reklamation in Betreff der Schadloshaltung der französischen Staatsangehörigen für ihre Verluste während der armenischen Verfolgungen in Konstantinopel und in Kleinasien nicht bis zum 10. Juli, dem Tage der Bezahlung der letzten Kriegsentschädigungsrate erfolgt sein werde. Die italienische Botschaft überreichte der Pforte ebenfalls eine verbale Erklärung, in welcher sie die Regelung ihrer Reklamation verlangt. Frankreich erhebt Ansprüche im Betrage von 1 500 000 Franks, Italien solche in der Höhe von 400 000 Franks.

Marine und Schiffahrt.

— Die von dem Norddeutschen Lloyd jährlich herausgegebene Liste über den Verbrauch an Proviant u. s. w. an Bord seiner Dampfer zeigt auch für 1897 gewaltige Ziffern. Wir lassen hier einige Angaben der hauptsächlichsten Artikel folgen; verbraucht wurden an frischem Rindfleisch 2 358 980, gesalzenem 382 243 Pfund, Schweinefleisch 429 865 Pfund, Kalbfleisch 259 546 Pfund, Hammelfleisch 276 513 Pfund, ferner 10 414 Schinken, 86 530 Pfund geräucherter Speck; an lebendem Vieh: 414 Ochsen, 232 Kälber, 141 Schweine und 443 Hammel. Von frischen Fischen wurden 233 543 Pfund verzehrt, ferner geräucherten Lachs 6007 Pfund, Heringe 7524 Pfund, 714 Tonnen und 7119 große Büchsen, Austern 267 038 Stück, Hummer und Schildkröten 42 912 Pfund. An Geflügel finden wir: 9300 Puter, 6568 Gänse, 8536 Kapaunen, 15 775 Hühner, 26 981 Enten und 131 755 Küken. Rehwild ist mit 11 259 Pfund aufgeführt. Der Verbrauch an Konserven stellt sich auf ca. 485 000 Büchsen. An Hülsenfrüchten 2c., Erbsen, Bohnen, Reis, Schnittbohnen, Weißkohl, Sauerkohl u. s. w. ergeben sich ca. 890 000 Pfund. Sodann sind zu nennen: 11 258 Barrel Roggen- und Weizenmehl, 174 200 Grau- und Weißbrod, 608 000 Pfund Schwarzbrod, 189 800 Pfund Zwieback, 367 000 Pfund Zucker, 420 000 Liter Milch, 271 800 Viertel Kartoffeln, 454 100 Pfund Butter, 1431 Barrel Salz, 233 800 Pfund Zwiebeln, 1 338 200 Zitronen und Apfelsinen, 2 009 000 Eier und 14 744 700 Eis. Daß auch die Getränke an Bord der Lloyddampfer Beachtung finden, zeigen die folgenden Verbrauchsziffern: Champagner 26 000 Flaschen, Rothwein 86 900, Rhein- und Moselwein 88 000, Cognac 14 989 Flaschen, Sherry, Portwein, Madeira, Genever, Liqueure 433 000 Flaschen, endlich noch 605 000 Liter und 685 000 Flaschen Bier und 195 600 Flaschen Mineralwasser. Diese Ziffern sprechen am besten dafür, welche außerordentliche Bedeutung der Norddeutsche Lloyd für unser nationales Wirthschaftsleben besitzt und welche riesigen Summen in baarem Gelde seitens der Gesellschaft den deutschen Lieferanten in jedem Jahre zufließen.

— Wie man den „Berl. N. N." von zuständiger Seite mittheilt, sind die Gerüchte von der Verwendung des Hafens von Nordenhamm zu Marinezwecken völlig grundlos. Dagegen ist es nicht ausgeschlossen, daß man daselbst die Anlage einer größeren Fischereihafenanlage plant, nachdem die neuen Hafenanlagen von Bremen im Bau vollendet sind und die großen transatlantischen Dampfer nicht mehr gezwungen sind, Nordenhamm anzulaufen.

Hamburg, 29. Juni. Die „Hamburgische Börsenhalle" theilt Folgendes mit: Der Pariser „Temps" meldete aus St. Thomas, der amerikanische Kreuzer „St. Paul" habe den Dampfer „Francia" aus Hamburg, der mit Passagieren von San Domingo in San Juan de Puerto Rico einzulaufen versuchte, nach einer Verfolgung von 6 Stunden aufgebracht. Diese Meldung ist, wie von der Direktion der „Hamburg-Amerika-Linie" erklärt wird, vollständig unbegründet, da die „Francia" am 25. Juni bereits von St. Thomas direkt nach Havre und Hamburg weitergegangen ist.

Arbeiterbewegung.

In **Magdeburg** steht nach einer Bekanntmachung des Arbeitgeberverbandes die Beendigung des Maurer- und Zimmererausstandes in Aussicht. Es werden darnach sämtliche Arbeitsstätten der Mitglieder des Verbandes am Montag, den 4. Juli, für die arbeitswilligen Leute geöffnet, und zwar unter dem vom Arbeitgeberverbande herausgegebenen Lohn- und Arbeitstarif vom 1. April d. Js. Es wird hiernach an die Gesellen ein Mindestlohn von 40 Pf. und ein Höchstlohn von 43 Pf., und zwar mit der Maßgabe gezahlt, daß sich in jedem Geschäft ein Durchschnittslohn von 42 Pf. ergiebt. Den Bauarbeitern wird ein Stundenlohn von 30 bis 33 Pf. derart gezahlt, daß in jedem Geschäft ein Durchschnittslohn von 32 Pf. hergestellt wird. — Auch in **Nordhausen** ist mit Rücksicht darauf, daß die Innung der Maurer- und Zimmermeister die Erhöhung des Stundenlohnes von 33 auf 35 Pf. vom 1. April 1899 ab am letzten Sonnabend bewilligt hat, der Streik der Maurer für beendet erklärt. Letztere haben durch den Streik, der 14 Wochen gedauert hat, einen Theilerfolg errungen. — In **Halle a. S.** haben die Maurer beschlossen, bei allen Meistern, welche nicht 45 Pf. Arbeitslohn zahlen, die Arbeit einzustellen. — In **Frankenthal** haben die Stuhlmacher (Tischler) die Arbeit niedergelegt.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin**, 30. Juni. Auf die am 8. Juni abgegebenen Gebote für die zur Vermiethung gestellten fiskalischen Baulichkeiten an der Karl- bezw. Charlottenstraße: das neue Zeughaus und die Kasematten, ist der Zuschlag seitens des Reichsschatzamtes nicht ertheilt worden. Die Räume dürften nunmehr freihändig und zwar auf mehrere Jahre vermiethet werden.

* In letzter Nacht um 2¼ Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Hause Falkenwalderstr. 31 gerufen, woselbst in einer zwei Treppen hoch belegenen Wohnung Feuer ausgebrochen war. Es brannten die Holztheile eines Hängebodens, Balken, Deckenschalung, Thür- und Fensterverkleidung sowie Wäschestücke. Das Feuer wurde mit Hülfe der Gasspritze in Verbindung mit einem Hydranten gelöscht. Die Feuerwehr war anderthalb Stunden in Thätigkeit.

— Die Thatsache, daß Persönlichkeiten, welche den Vorschriften betreffend: „Betreten und Befahren des Kreckower Platzes" zuwiderhandeln, sich häufig durch unrichtige Personalangaben der Bestrafung zu entziehen wissen, veranlassen das hiesige General-Kommando, zu bestimmen, daß fortan alle bei derartigen Uebertretungen betroffenen Zivilpersonen durch Posten oder Patrouillen der Lagerwache zuzuführen und dort festzuhalten sind, bis ein hinzugerufener Polizeibeamter ihre Persönlichkeit feststellt. Soweit Persönlichkeiten aus dem Landkreise in Frage kommen, wird zunächst die Hülfe des Ortsvorstandes von Kreckow in Anspruch zu nehmen sein.

— Kriegervereine, welche um die Genehmigung zur Fahnenführung oder um die Verleihung einer Fahne oder eines Fahnenbandes einkommen, setzen oft den Tag der Fahnenweihe 2c. schon vorher fest. Erfolgt die Entscheidung nicht so schnell, als die Vereine annehmen — dieser Fall tritt wegen nothwendiger Statutenänderungen und sonstiger Verhandlungen recht häufig ein —, so entstehen für die Vereine Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten. In den erwähnten Fällen empfiehlt es sich daher nicht, wegen der Zeit der zu veranstaltenden Feier Bestimmungen zu treffen, bevor nicht über die gestellten Anträge Entscheidung getroffen worden ist.

— Es ist Klage darüber geführt, daß geschlossene Chausseeschlagbäume während der Nacht nicht ausreichend beleuchtet gewesen, und daß dadurch Personen und Fuhrwerke zu Schaden gekommen sind. Diese namentlich aus Radfahrerkreisen erhobene Klage erscheint nicht unbegründet. Die Chausseepolizeibehörden sind daher angewiesen worden, für eine ausreichende Beleuchtung geschlossener Chausseeschlagbäume während der Zeit der nächtlichen Dunkelheit und zwar thunlichst in der Weise zu sorgen, daß die Schlagbäume in ihrer ganzen Ausdehnung von Weitem deutlich erkennbar sind.

— In einer Verfügung des Ministers des Innern vom 14. März d. Js. über Rohbautenversicherung in Preußen war angeordnet worden, daß die Versicherung von Rohbauten nach steigendem Werth künftig ohne erschwerende Bedingungen zuzulassen, der Werth der auf diese Weise versicherten fertigen Gebäude aber demnächst durch Vorlegung einer Taxe nachzuweisen sei. Hieraus war die Annahme hergeleitet worden, daß fortan der Werth sämtlicher Gebäude zum Zwecke ihrer Versicherung gegen Feuersgefahr, ohne Unterschied, ob sie vorher im Rohbau versichert waren oder nicht, durch Vorlegung einer Taxe nachgewiesen werden soll. Der Minister des Innern hat daher der „Zeitschr. für Versicherungswes." zufolge unterm 22. d. Mts. an sämtliche Oberpräsidenten eine neue Verfügung erlassen, worin diese Annahme für irrthümlich erklärt und darauf hingewiesen wird, daß der erwähnte Erlaß sich nur auf die Versicherung von Rohbauten und von solchen fertigen Gebäuden bezieht, die vorher als Rohbauten versichert waren. Im Uebrigen will der Minister die Bestimmung, daß der Polizeibehörde der Werth eines fertigen Gebäudes, das vorher im Rohbau versichert gewesen ist, vor der Versicherung stets durch Vorlegung einer Taxe nachzuweisen sei, in Berücksichtigung der ihm von den Betheiligten geäußerten Wünsche dahin abändern, daß auch der Werth derartiger Gebäude der Polizeibehörde in der gleichen Art wie bei allen übrigen Gebäuden nachzuweisen ist.

— Der bisherige technische Sekretär Möller aus Stettin ist zum Geheimen bautechnischen Revisor im Ministerium für Landwirthschaft, Domänen und Forsten ernannt worden.

— Sonderzüge nach Wien. Wie wir unseren Lesern bereits mittheilten, wird Sonnabend, den 16. Juli, und Dienstag, den 16. August d. Js., je ein Sonderzug zu bedeutend ermäßigten Preisen von Leipzig und Dresden nach Wien über Tetschen mit Anschluß nach Budapest verkehren. Die Abfahrt erfolgt von Leipzig, Dresdener Bahnhof, Nachmittags 2 Uhr 40 Minuten, von Dresden-Altstadt (Hauptbahnhof) 5 Uhr 30 Minuten und die Ankunft in Wien (Nordwestbahnhof) anderen Tags früh 7 Uhr 23 Minuten. Die Weiterfahrt von Wien nach Budapest hat mit fahrplanmäßigen Zügen zu geschehen. Die Fahrkarten erhalten eine 30tägige Gültigkeitsdauer und kosten von Leipzig nach Wien in 2. Klasse 31,50 Mark und in 3. Klasse 18,20 Mark, nach Budapest 51,20 Mark in 2. Klasse und 29,20 Mark in 3. Klasse, von Dresden-Altstadt (Hauptbahnhof) nach Wien in 2. Klasse 23,60 Mark und in 3. Klasse 12,60 Mark, nach Budapest in 2. Klasse 43,30 Mark und in 3. Klasse 23,60 Mark. In Halle a. S., Braunschweig und Magdeburg, sowie in Chemnitz, Pirna und Schandau werden ebenfalls direkte Sonderzugskarten ausgegeben. Außerdem werden in Bremen und Hannover, sowie auf allen sächsischen Stationen Anschluß-Rückfahrkarten zu ermäßigten Preisen nach Leipzig oder Dresden-Altstadt verabfolgt. Alles Nähere hierüber sowie über die sonstigen Bestimmungen ist aus der jetzt erschienenen Uebersicht zu ersehen, welche auf Verlangen bei den größeren sächsischen Staatsbahnstationen, sowie bei den Ausgabestellen für zusammenstellbare Fahrscheinhefte in Leipzig, Dresdner Bahnhof, in Dresden-Altstadt, Wienerstraße 2 und in Chemnitz, Albertstraße 4 unentgeltlich abgegeben wird. Brieflichen Bestellungen sind zur Frankirung 3 Pfennig in Marke beizulegen.

— Einer sehr freundlichen Aufnahme haben sich fortgesetzt die Konzerte des Damen-Orchesters „Bivoj" in Kotz' Garten zu erfreuen, die 13 Damen unter Leitung der Frau Mesany sind sehr gut eingespielt und beschränken sich nicht nur auf den Vortrag von Unterhaltungsmusik, sondern bringen auch größere Musikstücke und Solis zu Gehör, besonderen Beifall finden die Fanfarenmärsche derselben. Unter den Solistinnen zeichnet sich besonders die 13jährige Russin Nadenda Sokolowsky aus. Auch die Gesangseinlagen erfreuen sich freundlichster Aufnahme.

— Das Mönchguter Strand-Theater am Strande der Ostsee, in welchem bekanntlich die Oper „Die Rose von Thiessow" zur Aufführung gelangt, wird am Sonnabend eröffnet, es finden dann Dienstags, Donnerstags und Sonntags regelmäßige Vorstellungen statt.

Aus den Provinzen.

† **Stargard**, 29. Juni. Hierselbst wird sich ein Hausbesitzer-Verein gründen, ein Bureau zum Entwurf der Statuten ist durch eine Hausbesitzer-Versammlung bereits gewählt.

× **Stralsund**, 29. Juni. Die Anlage einer elektrischen Bahn und Zentrale in unserer Stadt ist nunmehr gesichert, nachdem gestern die Stadtverordneten die Genehmigung dazu ertheilt haben. Die Bauarbeiten werden sofort begonnen und zunächst zwei Linien, Bahnhof-Frankenkirchhof und Neuer Markt-Knieperkirchhof, errichtet werden.

□ **Köslin**, 29. Juni. Der frühere Besitzer des hiesigen Hotels „Deutsches Haus", Gustav Knuth, hatte sich vor dem Schwurgericht wegen betrügerischen Bankerotts zu verantworten. Am 18. Februar d. J. wurde über dessen Vermögen das Konkursverfahren eröffnet, 10 Tage später versuchte er an seine auswärts wohnhafte Schwiegermutter eine Kiste mit Werthsachen abzusenden, um sie der Konkursmasse zu entziehen. Diese That konnte K. nicht leugnen, die Vertheidigung suchte jedoch die geistige Zurechnungsfähigkeit desselben in Frage zu stellen; dies hatte aber keinen Erfolg, Knuth wurde unter Zubilligung mildernder Umstände für schuldig befunden und zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Gerichts-Zeitung.

* **Stettin**, 30. Juni. Die Erste Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatte gestern in angestrengter Sitzung gegen den Rentier Franz Heinsberg aus Grabow zu verhandeln. Dem Angeklagten wurde vorgeworfen, er habe im Jahre 1895 den Kahnschiffer Friedrich Brummund und im Jahre 1891 dessen Ehefrau zur Abgabe einer falschen eidlichen Aussage zu verleiten versucht. H. bestritt dies sehr entschieden und behauptete, daß die B.'schen Eheleute sich ihm als Zeugen angeboten hätten. Bei dem Fall mit Friedrich Brummund handelte es sich um einen Prozeß, den Heinsberg mit den Erben eines Kaufmanns Doege führte. D. hatte im Herbst des Jahres 1892 den Dampfer „Pfeil" gekauft und dazu von Heinsberg 900 Mark erhalten. Bei einer Probefahrt am 12. September desselben Jahres verunglückte Doege und ertrank, worauf H. gegen die Erben auf Rückzahlung der 900 Mark klagte. Die Doege'schen Erben bestritten die Rechtmäßigkeit der Forderung, indem sie behaupteten, das Geld sei nicht als Darlehen, sondern als Valuta für eine der Tochter des Angeklagten zedirte Hypothekenforderung in Höhe von 2000 Mark gegeben worden. H. verlor den Prozeß in erster Instanz, er legte jedoch Berufung ein und schlug u. A. auch den Kahnschiffer Brummund als Zeugen vor. Als Letzterer im Termin vor dem Oberlandesgericht erschien, erklärte er, garnichts zu wissen, und verzichtete Heinsberg dann auf den Zeugen. Die Anklage behauptet nun, Brummund sei von Heinsberg als Zeuge geworben, um über ein bestimmt formulirtes Beweisthema eine für den Kläger günstige Bekundung abzugeben. Dabei hat B. zur Zeit des Schiffskaufes, im Herbst 1892, eine mehrmonatliche Gefängnißstrafe zu verbüßen gehabt, er konnte also über die damaligen Vorgänge unmöglich etwas wissen. Der Prozeß wurde übrigens in zweiter Instanz zu Gunsten des Klägers entschieden, nachdem er einen ihm auferlegten Eid geleistet hatte. — Bei dem zweiten Fall der dem Angeklagten zur Last gelegten Verleitung zum Meineid handelte es sich um einen Strafprozeß gegen einen gewissen Sanftleben, der früher Besitzer der „Mittelmühle" und zuletzt in dem Orte Hammer bei Schneidemühl ansässig war. Derselbe war vom Schwurgericht zu einer längeren Zuchthausstrafe verurtheilt worden, er betrieb ein Wiederaufnahmeverfahren, wobei insbesondere das Zeugniß einer Büdnerin angegriffen wurde. Die Frau ist auch wegen Meineids denunzirt worden, das Verfahren wurde jedoch eingestellt. Hierbei soll Heinsberg eine gewisse Thätigkeit zu Gunsten des Sanftleben entfaltet haben, die Anklage behauptet, er sei an die Frau Brummund herangetreten, um dieselbe zur Abgabe eines falschen Zeugnisses in Bezug auf die Glaubwürdigkeit der vorhin erwähnten Büdnerin zu veranlassen. Diese Angelegenheit, die sich im Jahre 1891 abgespielt hat, wurde durch die Verhandlung so wenig geklärt, daß der Staatsanwalt für jenen Fall selbst die Freisprechung beantragte. Das Gericht ging jedoch weiter und erkannte in beiden Fällen auf Freisprechung, da bei der Menge von Widersprüchen in den Aussagen der einzelnen Zeugen nicht zu entscheiden war, auf welcher Seite die Wahrheit zu finden sei. Die Verhandlung, zu der 45 Zeugen geladen waren, hatte von 9 Uhr Vormittags bis 11 Uhr Nachts gewährt.

* **Stettin**, 30. Juni. Zur Verhandlung während der gegenwärtig hier einberufenen Schwurgerichtstagung sind noch folgende Strafsachen angesetzt: am 5. Juli gegen den Bureau-Hülfsarbeiter August Neitzel von hier wegen Urkundenfälschung; am 6. gegen den Schneidermeister Gottfried Ehrke aus Wilhelmshöhe wegen Meineids, ferner gegen die Ackerbürgerwittwe Marie Boecker geb. Reinke und den Landwirth Gustav Boecker aus Gartz a. O. wegen Urkundenfälschung; am 7. gegen den Fabrikaufseher Friedrich Wolff und dessen Ehefrau Henriette, geb. Frank, aus Friedensburg wegen Brandstiftung; am 8. gegen den früheren Postassistenten, jetzigen Versicherungsbeamten Hans Gernetzky aus Berlin wegen Amtsverbrechen, ferner gegen den Tischlermeister Karl Marx aus Pölitz wegen Meineids und gegen den Arbeiter August Hahn aus Kirchfelde wegen Meineids.

Offene Stellen

für Militäranwärter im Bezirk des 2. Armeekorps. 1. September 1898, Dienstort wird bei Einberufung bestimmt, königl. Eisenbahndirektion in Bromberg, Anwärter für den Bahnwärter- und Weichenstellerdienst, zunächst 700 Mark diätarische Jahresbesoldung; bei der Anstellung als etatsmäßiger Bahnwärter 700 Mark Jahresgehalt und der tarifmäßige Wohnungsgeldzuschuß (60 bis 240 Mark jährlich) oder Dienstwohnung. — 1. Juli 1898, Gingst, kaiserl. Postamt, Landbriefträger, 700 Mark Gehalt und der gesetzliche Wohnungsgeldzuschuß. — 1. Oktober 1898, Köslin, Polizei-Verwaltung, Polizeisergeant, Gehalt 1000 Mark jährlich, steigt bis 1500 Mark. — Sogleich, Kolbergermünde, Regierungs-Präsident Köslin, Maschinenmeister auf dem Dampfer „Excellenz Baensch", vorläufig 1400 Mark Remuneration, nach der Anstellung 1400 bis 1800 Mark Gehalt und 360 Mark Wohnungsgeldzuschuß. — 1. Juli 1898, Pasewalk, kaiserliches Postamt, Landbriefträger, 700 Mark Gehalt und der gesetzliche Wohnungsgeldzuschuß. — 1. Oktober 1898, Retzin oder Quisbernow, Kreis-Ausschuß Belgard, Chausseewärter, 540 Mark Gehalt pro Jahr. — 1. Juli 1898, Treptow (Tollense), kaiserl. Postamt, Landbriefträger, 700 Mark Gehalt und der gesetzliche Wohnungsgeldzuschuß.

Kunst und Wissenschaft.

— Das Doktorexamen magna cum laude hat in Zürich die Tochter des bekannten, früh verstorbenen Wupperthaler Dichters Emil Rittershaus, Fräulein Adeline Rittershaus, bestanden. Das junge „Fräulein Doktor" studirte Germanistik.

Vermischte Nachrichten.

Oschatz i. S., 29. Juni. Auf dem hiesigen Bahnhof entgleiste heute ein Personenzug. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt, auch der Materialschaden ist nicht beträchtlich. Die Mittagszüge erlitten durch den Unfall große Verspätung.

— Ein junges Mädchen, dem Backfischalter eben entwachsen, wandte sich, wie das „N. W. T." berichtet, vor einiger Zeit an mehrere hervorragende Schriftsteller, darunter Gerhard Hauptmann, Ibsen, Zola und Andere, mit der Frage: Welche ihrer Werke sich zur Lektüre für jugendliche Damen eignen. Es erhielt auf diese Anfragen nur eine einzige Antwort: Emile Zola fand inmitten der Aufregungen seines Prozesses Muße, auf den Wunsch der Fragestellerin einzugehen. Er übersandte ihr folgende Antwort: Die jungen Mädchen sollen nur das lesen, was ihre Eltern ihnen erlauben, und ein Autor hat nicht die Befugniß, ihnen jene seiner Bücher zu bezeichnen, deren Lektüre ihnen verboten oder gestattet werden kann.

— [Welch' eine glückliche Ehe!] Eine westamerikanische Zeitung bringt folgende einladende Annonce: „Verloren, verlaufen oder gestohlen ein Individuum, welches ich in einem unbewachten Moment von Einsamkeit schwach genug war, zum Gatten zu nehmen. Er ist von annehmbarem Aeußern und schwach, kann aber nach Hause gehen, wenn es regnet, sofern ihm nicht ein hübsches Mädchen ihren Schirm anbietet. Er hört auf den Namen John. Würde zuletzt in Gesellschaft der Julie Harries gesehen, spazierend, den Arm um ihre Taille geschlungen, mehr als je wie ein Narr aussehend. Wer den armen Teufel fängt und ihn unversehrt heimbringt, so daß ich ihn wegen seines Davonlaufens züchtigen kann, wird zum Thee eingeladen werden von Henriette Smith."

Börsen-Berichte.

Stettin, 30. Juni. Wetter: Bedeckt. Temperatur + 19 Grad Reaumur. Barometer 766 Millimeter. Wind: WSW.

Spiritus per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 52,50 G.

Berlin, 30. Juni. In Getreide 2c. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loko 70er amtlich 53,50, loko 50er amtlich —,—.

London, 30. Juni. Wetter: Trübe.

Berlin, 30. Juni. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	102,75	London kurz	203 85
do. do. 3½%	102,75	London lang	203,05
do. do. 3%	96,40	Amsterdam kurz	169,15
Deutsche Reichsanl. 3%	95,75	Paris kurz	80,75
Pomm. Pfandbriefe 3½%	100,00	Belgien kurz	80,75
do. do. 3%	90,80	Berliner Dampfmühlen	127,50
do. Neuländ. Pfdbr 3½%	99,80	Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	104,75
3% neuländ. Pfandbriefe	91,00	„Union", Fabrik chem Produkte	132,25
Centrallandsch. Pfdbr. 3½%	100,30	Barziner Papierfabrik	190,80
do. 3%	90,90	Störwer, Nähmaschinen- u. Fahrrad-Werke	173,00
Italienische Rente	92,50	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	100,20
do. 3% Eisenb.-Oblig.	58,90	3½% Hamb. Hyp.-Bank unk. b. 1905	99,75
Ungar. Goldrente	103,00	Stett. Stadtanleihe 3½%	—,—
Rumän. 1881er am. Rente	100,10	**Ultimo-Kourse:**	
Serbische 4% 95er Rente	69,90	Disconto-Commandit	199 60
Griech. 5% Goldr. v. 1890	37 25	Berliner Handels-Gesellsch.	166,25
Rum. amort. Rente 4%	93,70	Oesterr. Credit	225,10
Mexikan. 6% Goldrente	99 10	Dynamite Trust	172,75
Oesterr. Banknoten	170,00	Bochumer Gußstahlfabrik	232,10
Russ. Banknoten Cassa	216,00	Laurahütte	208,40
do. do. Ultimo	216,50	Harpener	185,40
Gr. Russ. Zollcoupons	323,30	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	192 40
Französische Banknoten	80.85	Dortm. Union Littr. C.	100,50
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	92,60	Ostpreuß. Südbahn	95,90
do. (100) 4%	91 00	Marienburg-Mlawkabahn	87 90
do. (100) 4%	84,80	Norddeutscher Lloyd	110,10
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	84 25	Lombarden	33,60
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V—VI. Emission	100,50	Franzosen	153,90
Stett. Bulc.-Akt. Littr. B.	222,25	Luxemb. Prince-Henribahn	108,40
Stett. Bulc.-Prioritäten	224,75		
Stettiner Straßenbahn	187,25		
Petersburg kurz	215,80		
Warschau kurz	215,80		

Tendenz: Fest.

Paris, 29. Juni, Nachmittags. (Schlußkourse.) Ruhig.

	29.	28.
5% Franz. Rente	102 52	102,50
3% Ital. Rente	93,62	93,65
Portugiesen	18,50	18,60
Portugiesische Tabaksoblig.	—,—	—,—
4% Rumänier	94,00	94,00
4% Russen de 1889	—,—	—,—
4% Russen de 1894	—,—	—,—
3½% Russ. Anl.	—,—	—,—
3% Russen (neue)	96,85	96,70
4% Serben	60,80	60,50
4% Spanier äußere Anleihe	34,00	34,00
Convert. Türken	22,32	22,37
Türkische Loose	109,50	109,00
4% türk. Pr.-Obligationen	465,00	469,00
Tabacs Ottom.	291,00	291,00
4% ungar. Goldrente	—,—	—,—
Meridional-Aktien	683,00	682,00
Oesterreichische Staatsbahn	780,00	784,00
Lombarden	—,—	—,—
B. de France	—,—	—,—
B. de Paris	951,00	950,00
Banque ottomane	555,00	558,00
Credit Lyonnais	844,00	843,00
Debeers	691,00	689,00
Langl. Estat.	77,00	77,00
Rio Tinto-Aktien	655,00	656,00
Robinson-Aktien	210,50	208 00
Suezkanal-Aktien	3685	3680
Wechsel auf Amsterdam kurz	207,37	207,37
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122 9/16	122,62
do. auf Italien	6,62	6,50
do. auf London kurz	25,23	25,23½
Cheque auf London	25,25	25,25½
do. auf Madrid kurz	271 00	269,00
do. auf Wien kurz	208,12	208,12
Huanchaca	58,25	58,00
Privatdiskont	1⅞	1⅞

Hamburg, 29. Juni, 6 Uhr Abends. Zuckermarkt. (Telegramm der Hamburger Firma Joswich u. Co., Hamburg.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% frei an Bord Hamburg per Juni 9,27½, per August 9,37½, per Oktober-Dezember 9,37½. Behauptet.

Hamburg, 29. Juni, 6 Uhr Abends. (Telegramm der Hamburger Firma Joswich u. Co., Hamburg.) Kaffee good average Santos per September 30,00, per März 31,00. Ruhig.

Bremen, 29. Juni. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Loko 6,15 B. Schmalz niedriger. Wilcox 29½ Pf., Armour shield 29½ Pf., Cudahy 30¾ Pf., Choice Grocery 30¾ Pf., White label 30¾ Pf. Speck behpt. Short clear middl. loko 30¼ Pf. Reis ruhig.

Amsterdam, 29. Juni. Bancazinn 41,50.

Amsterdam, 29. Juni. Java-Kaffee good ordinary 35,00.

Amsterdam, 29. Juni, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine flau, per November 175,00. Roggen loko flau, do. auf Termine flau, per Oktober 114,00. Rüböl loko 25,25, per Herbst 23,37.

Antwerpen, 29. Juni, Nachmittags 2 Uhr. Petroleum. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 17,37 bez. u. B., per Juni 17,37 B., per Juli 17,50 B., per September 17,75 B. Fest. — Schmalz per Juni 73,25.

Paris, 29. Juni, Nachm. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 29,00 bis 29,25. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Juni 30,25, per Juli 30,37, per Juli-August 30,50, per Oktober-Januar 30,62.

Paris, 29. Juni, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, per Juni 25,10, per Juli 24,50, per Juli-August 23,85, per September-Dezember 21,60. Roggen fest, per Juni 17,25, per September-Dezember 13,35. Mehl fest, per Juni 55,65, per Juli 54,35, per Juli-August 53,35, per September-Dezember 47,15. Rüböl matt, per Juni 53,25, per Juli 53,00, per Juli-August 53,25, per September-Dezember 53,25. Spiritus ruhig, per Juni 49,25, per Juli 49,00, per Juli-August 49,00, per September-Dezember 44,00. — Wetter: Bedeckt.

Havre, 29. Juni, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Pelmann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per Juli 35,50, per September 36,00, per Dezember 36,50. Ruhig.

London, 29. Juni. Chili-Kupfer 49 11/16, per drei Monate 50,00.

London, 29. Juni. Getreidemarkt. (Schluß.) Markt träge. Weizen und Mehl ½ Sh., Hafer ¼—½ Sh. niedriger. Stadtmehl 32—40 Sh.

London, 29. Juni. Spanisches Blei 13 Lstr. 5 Sh. bis 13 Lstr. 7 Sh. 6 d.

Glasgow, 29. Juni, Nachm. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 45 Sh. 11 d. Warrants middlesborough III. 40 Sh 1 d.

Newyork, 29. Juni, Abends 6 Uhr.

	29.	28.
Baumwolle in Newyork	6,37	6,37
do. Lieferung per Juli	—,—	6,20
do. Lieferung per September	—,—	6,08
do. in Neworleans	5 15/16	5 15/16
Petroleum, raff. (in Cases)	6 90	6,90
Standard white in Newyork	6,25	6,25
do. in Philadelphia	6,20	6,20
Credit Balances at Oil City Febr.	92,00	92,00
Schmalz Western steam	5,70	5,70
do. Rohe und Brothers	5,95	6,00
Zucker Fair refining Moscovados	3,62	3,62
Weizen fest.		
Rother Winterweizen loko	85,50	86,00
per Juli	80,00	77,50
per September	73,25	71 25
per Dezember	73,75	71,75
Kaffee Rio Nr. 7 loko	6,25	6,25
per Juli	5,50	5,50
per September	5,65	5,65
Mehl (Spring-Wheat clears)	3,45	3,45
Mais fest,		
per Juli	36,00	35 25
per September	37,12	36,37
per Dezember	38,00	37,50
Kupfer	11,62	11.75
Zinn	15,20	15,20
Getreidefracht nach Liverpool	2,00	2,00

Chicago, 29. Juni.

	29.	28.
Weizen fest, per Juli	73,25	71,62
per September	68,62	66,37
Mais fest, per Juli	32,00	31,00
Pork per Juli	9,47½	9,47½
Speck short clear	5,75	5,75

Wollberichte.

London, 29. Juni. Wollauktion. Preise stetig.

Wasserstand.

* **Stettin**, 30. Juni. Im Revier 5,55 Meter = 17' 8".

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 30. Juni. Nach einer Meldung aus Kiautschau ist Bischof v. Anzer gestern nach Tsinning abgereist, nachdem er Direktiven für die geplante Reise des Prinzen Heinrich durch die Provinz Süd-Shantung eingeholt hatte. Diese Reise soll im Herbst stattfinden und sechs Wochen dauern.

Hamburg, 30. Juni. (Privat-Telegramm.) Auf Grund bester Informationen wird gemeldet, daß eine Kundgebung von höchster Stelle nach Muster des Podbielski'schen Erlasses an sämtliche Beamten bevorsteht, worin denselben die Betheiligung an der Sozialdemokratie strengstens verboten wird. Fortlaufender Bericht über die Durchführung des Erlasses an den Kaiser ist befohlen.

Lemberg, 30. Juni. Das Standrecht übt die allseitig erwartete Wirkung aus. Die Ruhe wurde gestern nirgends gestört.

Madrid, 30. Juni. Nach einer Meldung aus Portorico wurde der Dampfer „Antonio Lopez" bei dem Versuch, in den Hafen von San Juan einzulaufen, von einem amerikanischen Kreuzer verfolgt und gerieth auf den Grund. Zwei spanische Schiffe wollten den Dampfer schützen und unterhielten mit dem amerikanischen Kreuzer ein lebhaftes Feuer. Der Kessel des spanischen Dampfers explodirte.

Barcelona, 30. Juni. Etwa 1500 Personen versammelten sich gestern Abend vor der Wohnung des Bischofs und drückten ihren Unwillen über das Verhalten des Bischofs aus, welcher erklärt hatte, die Fortsetzung der Feindseligkeiten mit den Vereinigten Staaten sei gottlos und unklug.

London, 30. Juni. Die Amerikaner haben Sabana la Piedra und Salado, auf der Straße nach Santiago belegen, besetzt, ohne auf den Widerstand der Spanier zu stoßen.

General Linares hat Santiago in weitem Umkreise befestigt; Gräben sind gezogen und Minen gelegt.

London, 30. Juni. „Standard" meldet aus Kingston, daß zahlreiche Soldaten vom gelben Fieber befallen worden sind und daß Krankenhäuser gebaut werden müssen.

„Morningpost" meldet aus Rio Gama, daß die Spanier bei Santiago die größte Thätigkeit entfalten, um Santiago zu befestigen. 3000 Mann sind in Aguadores aufgestellt, und schwere Geschütze wurden auf die Hügel geschafft.

Konstantinopel, 30. Juni. Aufsehen erregt die Verhaftung von vier jungen türkischen Marineoffizieren. Dieselbe erfolgte auf der großen Brücke zwischen Stambul und Galata und wird auf jungtürkische Umtriebe zurückgeführt.

Newyork, 30. Juni. Die Regierung hat endgültig beschlossen, auf alle Fälle ein Geschwader nach der spanischen Küste zu entsenden, gleichviel, ob Camara nach den Philippinen geht oder nach Spanien zurückkehrt.

Washington, 30. Juni. Die letzten Nachrichten aus Santiago über den Gesundheitszustand der amerikanischen Truppen lauten schlecht. In Folge der furchtbaren Hitze und des schlechten Trinkwassers sind schon etwa 500 Soldaten am Sonnenstich und ganz besonders am gelben Fieber erkrankt. Obschon alle nöthigen Vorsichtsmaßregeln getroffen sind, befürchtet man dennoch eine allgemeinen Ausbruch des gelben Fiebers. Die Regierung hat deshalb beschlossen, unverzüglich Santiago zu beschießen und zu erstürmen, bevor der größte Theil der Truppen erkrankt ist und dadurch kampfunfähig werden würde.

Nr. 206. — Zweites Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 4. Mai 1898.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Die Meldungen vom Kriegsschauplatz bei den Philippinen gehen sehr dürftig ein, eine Drahtmeldung aus Hongkong, die von der „Wallstreet News Agency" verbreitet wird, theilt mit, daß Manila gefallen sei. Die amerikanische Flagge wehe auf den Philippinen.

Nach einer Depesche des „N. Y. Journ." aus Washington wird Mac Kinley Mobilisirung und Konzentrirung aller regulären und freiwilligen Truppen der Weststaaten in San Francisco anordnen, um sie als Okkupationsarmee für die Philippinen zu verwenden. Amerika werde die Philippinen bis zur Beendigung des Krieges besetzt halten; sodann würden die Inseln einen Theil der Kriegsentschädigung zahlen müssen. Zweihundert Kubaner, die sich in Newyork hatten anwerben lassen, sind in Tampa eingetroffen; sie werden mit anderen Kubanern, die sich unter Führung von Julio Sanguily zur Zeit hier aufhalten, in ein Kavallerieregiment eingereiht werden. Für den Transport von Truppen sind bereits Dampfer gechartert. Die erste Expedition wird voraussichtlich aus 3000 Mann Infanterie, 1000 Mann Kavallerie und 10 Batterien bestehen. Das Prisengericht in Key-West wird voraussichtlich den spanischen Dampfer „Catalina" freigeben. Der Kreuzer „Bancroft" wird sich dem Blockadegeschwader anschließen. Der bisherige Generalkonsul in Havanna, Lee, ist zum Generalmajor ernannt worden.

Ueber die Wegnahme des spanischen Dampfers „Argonauta" sind nach dem „Bür. Reuter" folgende Einzelheiten zu melden: Die Kriegsschiffe „Nashville", „Marblehead" und „Eagle" kamen am Freitag auf der Höhe von Cienfuegos an und sahen die „Argonauta" sich nähern. „Nashville" feuerte auf die „Argonauta", die, am Bug getroffen, stoppte und darauf genommen wurde. Die spanischen Offiziere und Soldaten wurden auf den „Nashville" gebracht, die Passagiere bei Cienfuegos an das Land gesetzt. Zwischen den amerikanischen und den inzwischen aus dem Hafen von Cienfuegos ausgelaufenen spanischen Kriegsschiffen entspann sich eine zwanzig Minuten währende Kanonade.

Wie sich denken läßt, übersteigt in Amerika die Begeisterung der Volksmenge alle Grenzen, den ganzen Tag ziehen Manifestanten vor dem Weißen Hause in Washington vorbei unter Absingen patriotischer Lieder. Mac Kinley erschien mehrmals auf dem Balkon und wurde stets stürmisch akklamirt.

Die Ereignisse nehmen nunmehr einen raschen Verlauf. Heute bereits erfolgt die Landung der Amerikaner auf Kuba, wahrscheinlich bei Sagua la grande, so daß die Entscheidung bevorsteht.

Sehr traurig sieht es inzwischen in Spanien aus, in Madrid herrscht vollständige Rathlosigkeit. Die Furcht vor der Revolution beschäftigt die Regierung mehr als der Krieg, dessen Ausgang Niemand mehr bezweifelt. Heute noch soll der Belagerungszustand in allen größeren Städten proklamirt werden. Der Gouverneur von Madrid, General Daban, konferirte lange mit der Königin-Regentin bezüglich der Maßregeln zur Aufrechthaltung der Ruhe in der Hauptstadt. Der „Imparcial" führt eine heftige Sprache gegen die Regierung, welche er beschuldigt, die Wahrheit zu verbergen; die meisten Depeschen des „Imparcial" würden inhibirt oder verspätet ausgefolgt. In Kreisen, welche der Regierung nahestehen, wird erklärt, Spanien würde sofort Frieden schließen, falls Amerika einwilligt, daß eine Konferenz der Großmächte das künftige Schicksal Kubas bestimme. Nach Meldungen aus Manila wurde dort knapp vor der Seeschlacht in der Vorstadt Tondo ein Verschwörernest ausgehoben und 71 Verschwörer kriegsrechtlich erschossen.

Ein Leitartikel des Madrider „Imparcial" beurtheilt die Lage optimistisch. Die Vorgänge in Manila seien mehr geräuschvoll als folgenschwer. Das amerikanische Geschwader mit zusammen 2000 Mann könne die Landung nicht wagen. Manila sei durch 20 000 Mann vertheidigt. Im Jahre 1762 bemächtigte sich England mit viel bedeutenderen Streitkräften Manilas und rechnete auf die Mitwirkung der Eingeborenen, unter denen kurz vorher ein Aufstand gewaltsam unterdrückt worden war, wurde jedoch von ihnen zurückgeschlagen. Die Lage werde nur dann verzweifelt, wenn in Spanien selbst ein Aufruhr ausbreche.

Der amerikanische Botschafter in Paris versicherte Hanotaux, Amerika wolle die Philippinen nicht behalten. Mac Kinley werde die Inselgruppe Spanien zurückgeben, falls es sofort auf Kuba verzichtet. Hanotaux verständigte hiervon den spanischen Gesandten.

Die „N. Fr. Pr." erfährt aus Wiener diplomatischen Kreisen: Die Intervention der Mächte stehe noch keineswegs unmittelbar bevor; Spanien wird in den amerikanischen Gewässern noch einen entscheidenden Schlag wagen, seine Flotte wird an den Küsten Amerikas erscheinen und einen wichtigen Hafen blockiren oder bombardiren. Besonders Oesterreich und Frankreich möchten Spanien nicht allzu geschwächt wissen. Die hiesige spanische Botschaft dementirt die Gerüchte vom Ausbruch einer Revolution in Madrid und von feindseligen Demonstrationen gegen die Dynastie. Die Mächte betrachten eine etwaige Expansion Amerikas in Ostasien mit Mißtrauen.

Mädchen-Gymnasien.

Die vom Kultusminister D. Bosse verweigerte Genehmigung eines von den städtischen Behörden in Breslau geplanten Mädchen-Gymnasiums hatte den Abgeordneten Gothein von der Freisinnigen Vereinigung veranlaßt, im Abgeordnetenhause nach den Gründen für die Ablehnung des Gesuchs zu fragen. Die Antwort ist ihm vom Kultusminister in dankenswerther Offenheit ertheilt worden. Die Verhandlungen dürften auch für weitere Kreise interessant sein, weil sie den Standpunkt der Regierung und Volksvertretung zur Frauenfrage wiederspiegeln. Es handelte sich in Breslau nicht um ein humanistisches Gymnasium, sondern um ein sogenanntes Reform-Gymnasium. Dies ist eine Schule, die aus allen Schularten etwas übernommen hat, die aber noch nicht die Probe bestanden hat. Nicht weniger als 36 Stunden — 7 bis 8 Stunden mehr als in Knaben-Gym[illegible] an wöchentlich in klassischen Sprachen, Mathematik und andern schwer verdaulichen Fächern unterrichtet werden. Daß der Kultusminister einen solchen Versuch hinderte, wird jeder Sachkundige billigen. „Die Zahl der Unterrichtsstunden — so sagte der Abgeordnete Stöcker sehr richtig — ist unerhört und würde den weiblichen Organismus vernichten!" Die Frau geht in der That dabei körperlich zu Grunde. Ihr Nervensystem ist den geistigen Anstrengungen des Studiums nicht gewachsen. Die Beispiele begabter Frauen, z. B. das von Frau Dr. Kempin und andern beweisen das; sie sind der Geisteszerrüttung anheimgefallen. Schon aus gesundheitlichen Gründen war daher die Ablehnung gerechtfertigt. Noch mehr ins Gewicht fallen politische Erwägungen.

Die Stadt Breslau setzte voraus, daß die Besucherinnen der Anstalt mit der bestandenen Reifeprüfung die Berechtigung zum Universitäts-Studium erhalten würden. Dieses Zugeständniß wäre nicht nur ein Eingriff in die Verfassung der Universitäten gewesen, sondern hätte auch bedenkliche Folgen nach sich gezogen, die in einer schablonenmäßigen Gleichstellung von Männern und Frauen bei Staatsämtern 2c. gipfeln würden. Die Frauen in dieser Weise zu Konkurrentinnen der Männer zu machen, ist aber widernatürlich. Der Wettbewerb zwischen Mann und Frau beruht auf verschiedenen Grundlagen. So hat beispielsweise der Mann der allgemeinen Wehrpflicht zu genügen, nicht aber die Frau. Der Schöpfer selbst hat hier [illegible] errichtet, indem er der [illegible] Wirkungskreis zuwies. D[illegible] Manne keine Konkurrentin, [illegible] hülfin sein. Goethe läßt [illegible] den Lothario den Klagen [illegible] Zurücksetzung des weiblichen [illegible] Bemerkung entgegentreten, [illegible] Manne nicht verargen könne, [illegible] an die höchste Stelle setze, [illegible] fähig sei, und daß keine höh[illegible] giment des Hauses. Um [illegible] zu werden, genügen aber die [illegible] vollständig. Da, wo die Fr[illegible] Beruf im Hause als Gatt[illegible] erfüllen kann, ist die Regier[illegible] wesen, ihr eine weitere E[illegible] in gelehrten Berufszweigen [illegible] holt sind Mädchen zum Abi[illegible] gelassen und auch zum Do[illegible] den. Doch das sind Ausna[illegible] mögen in mancher Beziehung [illegible] wie Männer, ja ihnen über[illegible] Großen und Ganzen wird [illegible] geistigen Leistungen dem [illegible] kommen können. In den [illegible] sie im Stande, den Geist [illegible] demselben Maße zu erfa[illegible] Die Erfahrung hat dies [illegible] Mädchen-Gymnasien giebt, b[illegible] haben die Mädchen-Gymnasi[illegible] schaftliche Bildung der Be[illegible] sondern die der Knaben her[illegible] die Ansprüche an die män[illegible] gern müssen, um den Mäd[illegible] zu ermöglichen. Aehnliche [illegible] anderswo gemacht. Der [illegible] der Mädchen-Gymnasien ist [illegible] sittlichen und geistigen [illegible] solchen Umständen darf di[illegible] rung und Volksvertretung [illegible] Gymnasien auf den Beifall [illegible] der Bevölkerung rechnen. [illegible] Frauen-Emanzipation auf [illegible] punkt stehen, kann nicht W[illegible] ihre übertriebenen Forder[illegible] Durchführung der berechtigt[illegible] nisse bereitet.

Staatliche Arbeit[illegible]

Wie wenig die immer [illegible] Anklagen über den Stillst[illegible] Sozialreform berechtigt si[illegible] anderm aus dem Gesetzen[illegible] willigung weiterer Staatsm[illegible] der Wohnungsverhältnisse [illegible] staatlichen Betrieben besch[illegible] gering besoldeten Staatsbe[illegible] Zwecke sind zum ersten Male im Jahre 1895 fünf Millionen Mark gefordert worden. Damals handelte es sich um einen Versuch, der, wie die Erfahrung erwiesen hat, befriedigend verlaufen ist. Aus den vor drei Jahren bewilligten Summen sind Miethswohnhäuser errichtet und Darlehen an Baugenossenschaften gewährt worden. Bei der Eisenbahnverwaltung sind insgesamt 812 Wohnungen hergestellt oder im Bau begriffen, und zwar 277 vierräumige, 363 dreiräumige und 172 zweiräumige. Bei der Bergverwaltung sind bis jetzt im Ganzen 32 Häuser mit zusammen 106 Wohnungen theils fertiggestellt, theils in Angriff genommen. Auch die staatliche Bauverwaltung hat angefangen, den dargebotenen Kredit zur Besserung der Arbeiter-Wohnverhältnisse sich nutzbar zu machen. Als Darlehen an eine Baugenossenschaft sollen demnächst 250 000 Mark bewilligt werden. Damit ist aber auch der fünf Millionen-Fonds aus dem Jahre 1895 verzehrt. In Folge dessen wird von der preußischen Staatsregierung beim Landtage ein neuer Kredit von fünf Millionen nachgesucht, gegen dessen Bewilligung sich kaum etwas einwenden läßt, da die Aufwendungen durch die Miethgelder sich angemessen verzinsen. Die Thatsache einer solchen Verwendung staatlicher Mittel verdient umso lebhafter begrüßt zu werden, als es neuerdings in gewissen Kreisen üblich geworden ist, der Staatsregierung vorzuwerfen, daß sie nichts für die Arbeiter auf sozialpolitischem Gebiete zu thun willens sei.

Wettstreit für Männergesangvereine.

Der Kaiser hat, wie erinnerlich, am 27. Januar 1895 einen Wanderpreis für deutsche Männergesangvereine gestiftet. Der Wettstreit soll im Sommer 1899 (wahrscheinlich im Juni) zum ersten Male stattfinden, und zwar in Kassel. Die Kommission, welche auf Befehl des Kaisers mit der Vorbereitung und Ausführung der kaiserlichen Bestimmungen betraut ist, besteht aus dem Grafen v. Hochberg als Vorsitzenden, den Professoren Albert Becker, H. v. Herzogenberg und kgl. Musikdirektor Georg Vierling und Geh. Oberregierungsrath Erich Müller vom Kultusministerium. Diese Kommission giebt jetzt die näheren Bedingungen des Wettstreites bekannt.

Es können nur solche Männergesangvereine des deutschen Reiches, welche mit mindestens hundert Sängern sich an dem Wettstreit betheiligen, zu dem Wettsingen zugelassen werden. Sänger von Beruf sind ausgeschlossen, ebenso Vereinsmitglieder, welche weiter als 15 Kilometer vom Sitze ihres Vereins wohnen, es sei denn, daß solche Sänger dem betreffenden Vereine zur Zeit der Anmeldung mindestens zwei Jahre angehören. Die am Orte des Wettsingens bestehenden Vereine und Sänger können an dem Wettsingen nicht theilnehmen. Bei der Meldung zur Theilnahme an dem Wettstreit sind die Mitglieder, welche an dem Wettsingen theilnehmen wollen, mit Namen und Wohnort aufzuführen. Nur solche Mitglieder, welche dem Vereine zur Zeit der Anmeldung aktiv angehören, können zugelassen werden. Das Wettsingen beginnt mit einem zu diesem Zwecke komponirten längeren Tonwerke; dieses wird den zugelassenen Vereinen sechs Wochen vor dem Wettsingen in Partitur und Stimmen zugestellt. Daran schließt sich der Vortrag eines Liedes im Volkston, welches den Vereinen eine Stunde vor ihrem Auftreten in Partitur und Stimmen übergeben wird. Beide Gesänge sind a capella-Chöre und enthalten keine Soli. Ein dritter Gesang ist der freien Wahl eines jeden Vereines überlassen, nur muß derselbe ebenfalls ohne Instrumentalbegleitung sein. [illegible] halten und di[illegible] berschreiten. [illegible] Tonwerk, mit [illegible] früheren Wett[illegible] Der Wande[illegible] us edlem Me[illegible] es Besitzes vo[illegible] enden Vereins [illegible] en Hals getr[illegible] g, wenn auch [illegible] gt das Klein[illegible] Vereins; and[illegible] Name des Ver[illegible] Kleinod vern[illegible] d von neun he[illegible] welche vom K[illegible] vertheilung selb[illegible] te, der eine [illegible] iligten Vereine [illegible] das Wettsin[illegible] Festlichkeiten z[illegible] Die Vorstände [illegible] t, ihre Betheilig[illegible] mission, Grafen [illegible] 8 einzureichen.

[illegible]dem Reiche.

[illegible] von Sachse[illegible] on Dresden nach [illegible] Friedrich Wi[illegible] Sohn des Prin[illegible] dem 12. Juli [illegible] zehn Jahre alt [illegible] eim 1. Garde-[illegible] ist zum Premi[illegible] — Zum Minis[illegible] öffentlichen Arb[illegible] ime Oberregi[illegible] t worden. — D[illegible] Dryander w[illegible] n nach Berlin ge[illegible] lichen Konferenz [illegible] vohnt. Auf die[illegible] erfolgter demnä[illegible] lichen Prinzen [illegible] lmt nach Berlin [illegible] D. Dryander, wi[illegible] ihung der Erlö[illegible] — Der früh[illegible] er Oberlandesger[illegible] r. Karl Christe[illegible] nach langem schw[illegible] e hat in den [illegible] tional-liberaler [illegible] ensburg-Apenrade [illegible] Nach einer Korre[illegible] verordnetenkreisen [illegible] vorherrschend, daß Bürgermeister Kirschner zum **Oberbürgermeister** gewählt und die Stelle eines zweiten Bürgermeisters frei wird. — In Berlin fand am Sonntag die Eröffnungsfeier des **katholischen Arbeiterheims „Leo-Hospiz"** statt. — Im Verfolg des Gleiwitzer Kommunalstreites wurde vom Bezirksausschuß die **Amtsentsetzung des Bürgermeisters Miethe** ausgesprochen. — Die Königsberger Stadtverordnetenversammlung nahm den Antrag des Magistrats, **zehn Schulärzte für Mittel- und Volksschulen** anzustellen, an.

Deutschland.

Berlin, 4. Mai. Der Kaiser hat unter dem 30. April in Folge des spanisch-amerikanischen Krieges den Grafen v. Goetzen, Premier-Lieutenant vom 3. Garde-Ulanen-Regiment, kommandirt zur Dienstleistung bei dem großen Generalstabe, auf sechs Monate der Botschaft in Washington zugetheilt. Graf Goetzen, der bekannte Afrikareisende, war früher bereits der Botschaft in Washington beigegeben; er wird unverzüglich nach dem Kriegsschauplatz abreisen.

— Die Prinzen Heinrich XXXI. Reuß und Hermann Stolberg-Wernigerode sind aus der Armee ausgeschieden. Sie werden sich ganz dem diplomatischen Dienst widmen.

— In dem soeben veröffentlichten Wahlaufruf der konservativen Partei heißt es: „Die deutsche konservative Partei stellt die Erweckung, Erhaltung und Kräftigung der christlichen Lebensanschauung an die Spitze ihrer Aufgaben. Treu der Verfassung und unter gleichmäßiger Hochhaltung der Kronrechte wie der persönlichen Freiheit tritt sie nach wie vor für die volle Wehrkraft des Volkes zu Lande und zu Wasser ein und sieht in derselben eine unerläßliche Bedingung für die deutsche Machtstellung und für die Erhaltung des Friedens in ganz Europa. Wir wollen, daß die deutsche Politik nach Außen wie im Innern eine durch und durch nationale sei. Darum erstreben wir einen kräftigeren Schutz der nationalen Arbeit ohne Bevorzugung einzelner Erwerbsgruppen, aber stiefmütterlich behandelten Gewerben. Wir werden demnach Handelsverträgen, welche auf Kosten der Landwirthschaft einzelnen Exportindustrien Vortheile zuwenden, keinenfalls unsere Zustimmung geben. Wir werden darauf dringen, daß Handwerk und Kleingewerbe kräftiger als bisher gegen großkapitalistische Auswüchse und undeutsche Verletzung von Treue und Glauben im Geschäftsverkehr geschützt werden. Wir erwarten jedoch nur von dem Zusammenwirken aller wirthschaftlichen Faktoren eine erfolgreiche Förderung des Schutzes der nationalen Arbeit und der einzelnen Erwerbsgruppen. Wir bekämpfen demagogische Umtriebe jeder Art, welche darauf hinarbeiten, die Gesinnung weiter Kreise unseres Volkes durch Lug und Trug in Wort und Schrift irre zu leiten und zu vergiften. Wir erachten es als eine Hauptaufgabe der nationalen Politik, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie in aller Schärfe geführt werde und fordern, daß dem Treiben gewerbsmäßiger Agitatoren, die jede göttliche und weltliche Autorität untergraben und auf die Zerstörung der christlichen Gesinnung im Volke hinarbeiten, durch weiteren Ausbau der Gesetzgebung im Sinne der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881 sowie durch energische Handhabung staatlicher Machtmittel entgegengetreten werde."

— Nach einem Telegramm aus Newyork soll von der nordamerikanischen Regierung angeordnet worden sein, die deutschen Schiffe schärfer auf Kriegskontrebande zu untersuchen, als die Schiffe der übrigen neutralen Staaten. Die [illegible] r bemerken, daß von [illegible] rikas, die eine Brüs[illegible] schließen würde, hier [illegible] über unterrichtet sein [illegible] ist. In die gleiche [illegible] gehört eine gestern [illegible] eitete Angabe, in der [illegible] nd Frankreich gleich[illegible] werbung der Philip[illegible] ba der einzige casus [illegible] n Protest weiß man [illegible] wie von einer ver[illegible] ikas den deutschen [illegible]

[illegible] hause fragte gestern [illegible] s Gerücht begründet [illegible] Abtretung Sansibars [illegible] Der erste Lord des [illegible] er habe von diesem [illegible] müsse jedoch gestehen, [illegible] Der erste Lord der [illegible] vor einiger Zeit sei [illegible] schiff „Linnet" nach [illegible] später habe die [illegible] n, nach Manila in [illegible] utze der englischen [illegible] ung der Neutralitäts[illegible] panischen Gewässern [illegible] troffen. Nach den [illegible] Kriegsschiff gesandt. [illegible] erksamkeit sei selbst[illegible] bauten von Kriegs[illegible] gerichtet. Soweit [illegible] n er seine Vor[illegible] Aenderung in den [illegible] Deutschlands statt[illegible] tige, wie gemeldet, [illegible] dung; es sei aber [illegible] auf das, was man [illegible] wandt werden solle. [illegible] er einen Nachtrags[illegible] sei es etwas ganz [illegible] er Möglichkeit oder [illegible] bezüglichen Schrittes [illegible] s Finanzjahres eine [illegible]

[illegible] Italien aus Anlaß [illegible] e breiten sich immer [illegible] wegung das ganze [illegible] Bezeichnend ist, daß [illegible] Ermächtigung zur [illegible] r Jahresklasse der [illegible] hinzugefügt wird, [illegible] hwendigkeit zu einer [illegible] ten werde, so liegen [illegible] n Provinzen Mel[illegible] mit der bewaffneten [illegible] wohl gerechtfertigt [illegible] erscheinen. Das Ministerium hat denn auch die nöthigen Maßnahmen im Interesse der öffentlichen Sicherheit und der Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen. Dadurch konnte aber nicht verhindert werden, daß in Piacenza aus Anlaß der Brodvertheuerung Ansammlungen stattfanden, und es dann zu einem Zusammentreffen der Bevölkerung mit den Soldaten kam, von denen eine größere Anzahl verwundet wurde. Anderweit erfolgten auch viele Verhaftungen.

In Frankreich macht sich derselbe Nothstand geltend wie in Italien. Der Vorstand des Pariser Gemeinderaths trat zusammen, um geeignete Maßregeln für den Fall zu treffen, daß die Brodpreise zu steigen fortfahren, und die Regierung sich weigern sollte, die Kornzölle aufzuheben. Gleichzeitig mit dieser Nachricht, die einen nahen Konflikt zwischen dem „kleinen Parlament" und dem Ackerbauminister Melini ahnen läßt, wird eine Statistik der Korneinfuhr aus Amerika veröffentlicht, woraus man ersieht, daß die Vorräthe seit dem Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges in weniger reichlichem Maße erneuert worden sind, als zuvor. Vom 1. als zum 20. April wurden 1081470 Doppel-Zentner, vom 20. bis 30. April nur 274035 Doppel-Zentner eingeführt, also verhältnißmäßig nur halb so viel, wie in den zwei ersten Dekaden des Monats.

— Nach dem Aufhören der Rinderpest beabsichtigte die Siedelungsgesellschaft für Südwestafrika, schnellwüchsige Fleischviehracen einzuführen, um den Verlust an verfügbarem Schlachtvieh zu ersetzen. Obwohl nun die Verhandlungen mit holsteinischen Viehzüchtern, betreffend die Versendung von Zuchtbullen, ein günstiges Ergebniß hatten, hat man doch wieder von der Aussendung edlen Viehes Abstand genommen, da die Gefahr der Rinderpest nach amtlichen Nachrichten dort noch nicht ganz vorüber ist. Dagegen hat die Gesellschaft die Hebung der Kleinviehzucht ins Auge gefaßt. Es sind durch Vermittlung des Rittergutsbesitzers von Schultz auf Rügen, der seit Jahren nach Südafrika liefert, eine größere Zahl von Mutterschafen und einige Böcke expedirt. Eigentliche Wollzucht lohnt bei den jetzigen Wollpreisen und der Höhe der Frachtsätze [illegible] Unkosten heraus. Da es aber nur eine Frage der Zeit sein kann, daß bessere Verhältnisse eintreten, ist die Züchtung von Wollschafen im Auge behalten, um gegebenenfalls rechtzeitig damit beginnen zu können. Ein Versuch war also wohl angezeigt, und es ist ein Verdienst der Siedlungsgesellschaft, daß sie auch diesen Verhältnissen ihre Aufmerksamkeit zuwendet. Da rationelle Züchtung und Haltung von Ziegen Erfolg versprechen, sind auf Anrathen des Vereins deutscher Ziegenzüchter und des Kommerzienraths Ulrich-Pfungstadt drei Saanthaler Ziegenböcke hinübergeschafft, nachdem bisher Versuche mit Zubringung fremden Blutes nur mit Angoras gemacht worden waren. Die Geflügelzucht war bisher ziemlich vernachlässigt, obwohl Hühner, Puten, Perlhühner und Gänse ausgezeichnet gedeihen; es sind sieben Völker edler Racen hinausgeschickt, die Konrektor Dr. Blanke auf Empfehlung des Klubs deutscher Geflügelzüchter ausgesucht hat. Es sind dies die Racen La Fleche, Minorka, Langshan, gelbe Wyandottes. Auch sonst noch hat die Siedlungsgesellschaft diesem Zweige ihrer Thätigkeit noch bedeutende Aufmerksamkeit gewidmet. Solche anscheinende Kleinigkeiten können bei einer späteren Besiedelung von größter Wichtigkeit werden.

Oesterreich-Ungarn.

Die neuesten Prager Straßenexcesse bildeten gestern im österreichischen Abgeordnetenhause den Gegenstand einer deutschen Interpellation und einer Erwiderung des Grafen Thun. Telegraphisch wird darüber gemeldet:

„Ministerpräsident Graf Thun beantwortet die Interpellation Funke betreffend die Prager Excesse vom 24. April. Er erklärt, daß an dem genannten Tage einzelne bedauernswerthe Ausschreitungen auch gegen Angehörige der deutschen Nationalität vorgekommen seien, den betreffenden Ausschreitungen habe aber nicht, wie einzelne Blätter behaupten, ursprünglich ein nationales Moment zu Grunde gelegen. Der Ministerpräsident giebt eine Schilderung der Vorfälle und weist darauf hin, daß außer vier Scheiben des Restaurants „Deutsches Haus" an diesem Tage keine Eigenthumsbeschädigung vorgekommen und außer einem thätlich angegriffenen, aber nicht verletzten Studenten auch keine weitere Behelligung vorgekommen sei, obgleich an diesem Sonntage in Prag ein Bummel von 120 Kuleurstudenten stattfand. Die Polizei sei strengstens angewiesen, die farbentragenden Studenten gegen etwaige feindliche Angriffe zu schützen. Die gegen die Behörden erhobenen Vorwürfe seien ungerechtfertigt. Mit Rücksicht auf die dem Ministerpräsidenten persönlich bekannten Dienstes-eigenschaften des Statthalters v. Coudenhove weist der Ministerpräsident entschieden die gegen den Statthalter erhobenen Vorwürfe der Dienstversäumniß als eine die Beamtenehre dieses Funktionärs schwer verletzende Beschuldigung zurück. Die Regierung verurtheile schärfstens die Störungen der Ruhe und Ordnung, welche traurige Begleiterscheinungen des beiderseitig geschürten Nationalhasses und nationaler Unduldsamkeit seien, und erachte sich für verpflichtet, jede Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit und des Eigenthums, wie Behinderung der Ausübung staatsbürgerlicher Rechte hintanzuhalten, und er werde auch der deutschen Bevölkerung Prags den behördlichen Schutz angedeihen lassen. Die vom Statthalter beantragte namhafte Vermehrung der Prager Sicherheitswache beschäftige die Regierung eingehend. — Abgeordneter Groß beantragt die Eröffnung der Debatte über diese Interpellationsbeantwortung. Der Antrag wird mit 126 gegen 33 Stimmen abgelehnt. Das Haus geht zur Tagesordnung, Fortsetzung der Debatte über die Sprachenanträge über."

In der darauf folgenden Sprachendebatte gab Baron Dipauli die Erklärung ab, die katholische Volkspartei habe ihren Standpunkt dahin geändert, daß auch sie die Aufhebung der Sprachenverordnungen fordere. Damit stellt sich die katholische Volkspartei völlig auf den Standpunkt der deutschen Opposition, und die Majorität der Regierung ist gesprengt.

Wien, 3. Mai. Ministerpräsident Graf Thun erklärte heute einem fortschrittlichen Abgeordneten, er werde die Sprachenerlasse nicht aufheben, ehe nicht eine Verständigung zwischen Deutschen und Czechen erfolgt ist.

Frankreich.

Paris, 3. Mai. Der oberste Landwirthschaftsrath hat sich für Aufhebung der Getreidezölle bis zum 1. Juli d. J. ausgesprochen. — Der Ministerrath hat heute beschlossen, die Eingangszölle auf Getreide vom 4. d. M. bis zum 30. Juni einschließlich aufzuheben. Nach Ablauf dieser Zeit werden 7 Franks Eingangszoll für Getreide erhoben. Das entsprechende Dekret wird morgen veröffentlicht werden.

Asien.

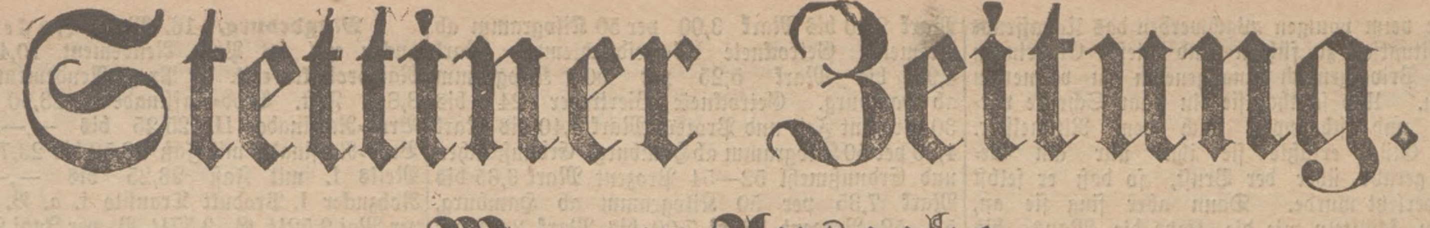
Ueber den in Peking verstorbenen Prinzen Kung bringt die „Nordd. Allg. Ztg." folgende lebensgeschichtlichen Daten:

„Der Verstorbene, der ein Alter von 65 Jahren erreicht hat (geb. 11. Januar 1833), war ein Bruder des Kaisers Hienfong. Politisch trat er zuerst im Jahre 1860 bei dem damaligen Konflikt mit Frankreich und England hervor und erwies sich als europafreundlich, indem er verschiedene Konzessionen an Europa befürwortete. 1861 ward Kung zum Minister des Auswärtigen ernannt und dann, nach dem Tode Hienfongs, zum Regenten für den unmündigen Neffen Hienfongs, Tungtschi, bestellt. Die Absichten der altchinesischen Partei, den jungen Kaiser auf ihre Seite zu bekommen, vereitelte Kung durch einen Gewaltstreich, die Hinrichtung der Parteihäupter. Bei der späteren Unterdrückung des Taiping-Aufstandes fand Kung die Hülfe der Franzosen und Engländer, einen Dienst, den er mit Einführung gewisser Reformen und mit religiöser Duldung beantwortete. Mehrfach fiel Kung in Ungnade und wurde seiner Würden beraubt. Er gelangte aber wieder zu Ehren und bekleidete bis 1887 abermals das Amt des Regenten. Seit 1894 war Prinz Kung Präsident des Tsunglihamen gewesen."

Arbeiterbewegung.

In **Eilenburg** haben die Ziegeleiarbeiter die Arbeit eingestellt, sie verlangen eine Lohn-[illegible]

Nr. 227. — Erstes Blatt.



Morgen-Ausgabe.

Dienstag, 17. Mai 1898.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirch[…]

Vertretung in Deutschland: In allen größeren […] Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. […] Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max G[…] Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Ha[…] Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. […] William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankf[…] Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & […]

E. L. Berlin, 16. Mai.

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

16. Plenarsitzung vom 16. Mai, 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. v. Bosse.

Auf der Tagesordnung steht der mündliche Bericht der 12. Kommission über die Pfarrer-Besoldungs-Vorlagen.

Graf v. Zieten-Schwerin empfiehlt als Berichterstatter der Kommission die unveränderte Annahme der Vorlage nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses.

Von dem Grafen Klinckowström und dem Herrn v. Schöning ist ein Antrag eingegangen, welcher die Ablehnung der evangelischen Vorlage und den Erlaß eines Nothgesetzes verlangt, des Inhalts, daß der volle Betrag, den die Vorlage in Aussicht nimmt, alljährlich in den Etat eingestellt wird, bis zum Erlaß eines allgemeinen Kirchengesetzes.

Es wird zunächst der Artikel 1 der Vorlage betr. die Genehmigung der Kirchengesetze, welche die Gehälter der evangelischen Geistlichen festsetzen, gemeinsam mit dem entsprechenden Theile des Antrages Klinckowström-v. Schöning und mit dem Absatz a, der von der Kommission beschlossenen Resolution diskutirt. Nach diesem Absatz a spricht das Herrenhaus die Erwartung aus, daß die Regierung denjenigen evangelischen Kirchen-Gemeinden, welche außer Stande sind, aus den Erträgen der Stollen-Einkommen oder aus laufenden Mitteln der Kirchenkassen die mit Uebernahme der Pfründe verbundenen Ausgaben, insbesondere auch die Grundgehälter und Alterskassen Beiträge sofort zu bestreiten, die fehlenden Beträge vorschußweise gewährt, auch hinsichtlich der Rückzahlung unbillige Härten vermieden werden.

Graf Klinckowström bekämpft die Vorlage, die mit ihrem Eingriff in das Pfründenwesen unnöthig das bestehende Recht verletze. Die Liebe zu seiner Kirche und sein Gewissen als evangelischer Christ verbieten ihm, für die Vorlage zu stimmen. Die Noth der Geistlichen anerkenne er; Abhülfe könne durch seinen Antrag geschaffen werden, der die Regierung zugleich zwinge, ein Kirchengesetz einzubringen. Halte das Haus es für nöthig, so möge die Vorlage mit dem Antrage Klinckowström-Schöning noch einmal an die Kommission zurückgehen.

Der inzwischen erschienene Ministerpräsident Fürst Hohenlohe verliest die Allerhöchste Botschaft, welche die Mitglieder des Landtages zur gemeinsamen Schlußsitzung nach dem Weißen Saale zum 18. Mai, 11 Uhr, beruft.

Kultusminister Dr. Bosse hält die Ausführungen Klinckowströms über die Pfründen unzutreffend. In dem Verhältnisse des Patronatsherrn zur Pfründe wird durch die Vorlage nichts geändert. Von sozialistischen Neigungen wisse sich die Regierung frei und auch die Vorlage enthalte nichts Derartiges. Die legitime Vertretung der evangelischen Kirche, die Synoden, haben die Vorlage gebilligt und es wäre ein bedenkliches Vorgehen, etwa von hier aus eine Beeinflussung der kirchlichen Behörden zu versuchen. Die Ablehnung der Vorlage durch das Herrenhaus würde die Regelung dieser Angelegenheit völlig ins Ungewisse verschieben. Die Regelung im Wege des Antrages Klinckowström scheint undurchführbar; der Antrag kann, so kurz vor dem Schlusse des Landtages eingebracht, nicht mehr mit der nöthigen Gründlichkeit erörtert werden. (Sehr richtig!) Für die Regierung ist der Antrag unannehmbar, es ist unmöglich, ihn in kurzer Zeit zu prüfen. Schon bei oberflächlicher Beurtheilung zeigt sich, daß die veranschlagten 6 Millionen für den angestrebten Zweck nicht ausreichen und mehr als 6 Millionen erreichen wir von der Finanzverwaltung nicht. Auch sollte man nicht ohne Noth nochmals die Synoden zwingen, sich über ein solches Gesetz zu verständigen. Es war schon ein Wunder vor unseren Augen, daß eine Verständigung über die Vorlage erfolgte. Auch in den Synoden giebt es centrifugale Elemente.

Zur Geschäftsordnung beantragt der Graf v. d. Schulenburg-Beetzendorf, den Antrag Klinckowström zur Kommissionsberathung zu verweisen. — Prof. Dr. Reinke-Kiel kann sich von einer solchen Berathung keinen Nutzen versprechen und ist daher gegen dieselbe. — Frhr. v. Durand wünscht die Abstimmung hierüber bis nach Beendigung der Generaldebatte auszusetzen.

Prof. Dr. Beyschlag-Halle tritt auf Grund seiner Erfahrungen als Mitglied der Synode für die Vorlage ein. Ungewöhnliche Bestimmungen enthalte die Vorlage nicht. Ein Schrecken würde durch unsere Kirche gehen, wenn dies Gesetz nicht angenommen würde.

Graf v. d. Schulenburg-Beetzendorf schließt sich im Wesentlichen den Bedenken des Grafen Klinckowström an. Die Verwaltung des Pfründen-Vermögens werde durch die Vorlage beweglicher, was nach seiner Auffassung kein Vortheil sei. Die Lösung der Frage scheine ihm sehr wohl auf dem Wege möglich, den der Antrag des Grafen Klinckowström anzeigt.

Professor Dr. Reinke-Kiel: Es handelt sich um eine politisch bedeutsame Angelegenheit. Der Staat bietet 6 Millionen für die evangelische Kirche; die Synoden einigen sich über ein Gesetz und auch im Abgeordnetenhause findet es Annahme und wir im Herrenhause könnten uns weigern oder auch nur zögern, diese uns dargebotene Hand schleunigst anzunehmen? Was würden die Konsequenzen einer Ablehnung oder der Annahme des Antrages Klinckowström sein? Im günstigsten Falle würde es sich um ein „verflucht gefährliches" Experiment handeln. Im Interesse der evangelischen Kirche sollte man zugreifen. Die Kirche würde eine Ablehnung nicht verstehen.

Regierungskommissar Geh. Rath Schwarzkopff schildert die Unzulänglichkeit des heutigen Pfründen-Systems, das nicht geeignet ist, dem Nothstande unter den Geistlichen abzuhelfen. Unannehmbar würde für die Regierung der Antrag Klinckowström sein; er stellt die Gemeinden sehr ungünstig, belastet sie sehr und macht sie in einem Maße abhängig von der Regierung, daß im Interesse des Ansehens und der Selbstständigkeit der Kirche die Annahme dieses Antrages nicht zu wünschen ist.

Kardinal Fürstbischof Dr. Kopp anerkennt das Wohlwollen gegen die Kirche, das den Vorlagen zu Grunde liegt. Die anfängliche Absicht der Regierung, beide Gesetze auf gleicher Grundlage aufzubauen, mußten bei der Verschiedenheit dieser Grundlagen aufgegeben werden, da man einsah, daß die Grundlinien, auf denen die Gesetze aufgebaut werden sollten, sich nicht parallel bewegten und die Gesetze unausführbar gemacht haben würden. Die Regierung hat sich mit anerkennenswerthem Eifer der Mühe unterzogen, die Vorlage annehmbar herzustellen und wenn auch für die katholischen Geistlichen noch Wünsche bleiben, so ist die Vorlage doch ein bedeutender Fortschritt. Die Bedenken, welche gegen die evangelische Vorlage hier vorgebracht sind, mögen aus bestem Gewissen erhoben sein, aber ihnen fehlt die kirchliche Autorität. Redner empfiehlt, den Schlußstein nach langer Arbeit zu setzen und die Vorlage anzunehmen. (Beifall.)

Herr v. Levetzow glaubt, daß der schlimmste Gegner der Vorlage in dem Mißtrauen zu suchen ist, das die Ausführung des Lehrerbesoldungsgesetzes in den Gemeinden hervorgerufen hat. Redner hat eine große Anzahl erheblicher Gründe gegen die Vorlage; besonders bedenklich ist ihm die Verstaatlichung des Pfarrers, denn so wird es den Gemeinde-Mitgliedern erscheinen, wenn er vom Staate sein Gehalt in Empfang nimmt. Er büßt damit in den Augen der Leute seine Selbstständigkeit ein. Der Antrag Klinckowström würde nicht zu Stande kommen und das Zustandekommen der Vorlage verhindern. Unter diesen Umständen werde er für die Vorlage stimmen.

Minister v. Miquel: Der Antrag Klinckowström bezweckt einen direkten staatlichen Eingriff in die kirchliche Verwaltung und vor einer solchen Anregung sollte sich doch gerade das Herrenhaus [illegible] Ungewisse; [illegible] geordnetenh[illegible] haben wird [illegible] sein werden [illegible] reit ist, die [illegible]

Dr. B[illegible] fänglich g[illegible] aber doch i[illegible] theile [illegible]

[illegible] Beetz[illegible] und [illegible] Schön[illegible]

[illegible] Artik[illegible] eingeb[illegible] abgesch[illegible] Stimm[illegible] hierau[illegible] Gesetz[illegible] Resol[illegible] mitgeh[illegible] 300 0[illegible] ergeb[illegible] bezirk[illegible] die G[illegible] hörde[illegible] Schon[illegible] der S[illegible] werde.

[illegible] los e[illegible]

[illegible] eine [illegible] gegen [illegible]

Al[illegible]

[illegible] Lesung [illegible] einige [illegible]

Es [illegible] mann u[illegible] zweiten [illegible] Anträgen [illegible]

In [illegible]

Abg. [illegible] hin, daß [illegible] Anerbenr[illegible] dieses G[illegible] entsprech[illegible] Aber er [illegible] Gesetz auch auf andere Provinzen auszudehnen, für die es nicht passe.

Abg. Gamp erklärt, mit Ausnahme einzelner seiner Freunde werde seine Partei für das Gesetz stimmen, da dasselbe durch die Beschlüsse der Kommission und der zweiten Lesung eine annehmbare Gestalt gewonnen habe. Die Nationalliberalen möchten sich sehr überlegen, ob es nicht auch für sie richtiger sei, das Gesetz jetzt zu Stande zu bringen, denn jetzt werde das Herrenhaus die Beschlüsse dieses Hauses voraussichtlich unbesehen acceptiren. Nach 6 oder 7 Monaten dagegen würden die Nationalliberalen sich vermuthlich einem erheblich verschlechterten Gesetz fügen müssen.

Abg. Oswalt (nl.): Meine Freunde bleiben dabei, die Vorlage in der jetzigen Gestalt abzulehnen; sie halten an den Anträgen, welche das Haus bei der zweiten Lesung abgelehnt hat, fest. Die Grundstück-Vertheilung in Westfalen ist schon jetzt eine so durchaus befriedigende, daß es einer Kodifizirung überhaupt nicht bedarf. Die vorliegende ist überdies dazu ganz ungeeignet. Wir werden unsere Anträge nochmals mit allen Kräften durchzusetzen versuchen. Ein Hauptbedenken meiner Freunde richtet sich gegen eine künftige Ausdehnung des Gesetzes auf andere Provinzen. Ein Theil meiner Freunde wird daher gegen das Gesetz stimmen, wie immer es sich gestalte. Die Erklärung der Regierung, daß sie an eine mechanische, schablonenmäßige Ausdehnung auf andere Provinzen nicht denke, genügt uns nicht. Eine mechanische Ausdehnung fürchten wir überhaupt nicht, wohl aber eine Uebertragung auf andere Provinzen in irgend einer anderen Form. Wir wünschen diese überhaupt nicht. Auch die Erklärung, daß eine Uebertragung nicht erfolgen soll ohne Initiative der Bevölkerung, kann uns nicht umstimmen. Auch viele meiner westfälischen Freunde wollen dies Gesetz nicht, das hindert aber die Regierung nicht, zu sagen: Westfalen will es! Meine Freunde meinen überdies, eine Revision der Gesetzgebung über das Fideikommißwesen beim Großgrundbesitz sei viel nöthiger, als dieses Anerbenrecht für den bäuerlichen Besitz. (Rufe: sehr richtig!) Weshalb solche Zwangsbestimmungen? Schleswig-Holstein beispielsweise hat ein viel besseres Gesetz von 1777 und die ganze dortige Bevölkerung ist damit zufrieden. Ich wiederhole schließlich, meine Herren, meine ganze Fraktion steht hinter unseren Anträgen.

Justizminister v. Schönstedt: Der Vorredner hat u. a. gesagt, dies Gesetz widerspreche in einzelnen Bestimmungen dem Bürgerlichen Gesetzbuche. Dafür müßte er doch erst den Beweis erbringen!

Abg. Klasing (kons.) tritt, sich hauptsächlich gegen Oswalt wendend, für die Vorlage ein. Das Anerbenrecht anderen Provinzen zu oktroyiren, für die es nicht passe, seien auch seine Freunde nicht bereit.

Abg. Cahensly (Zentr.), für das Gesetz, hält dem Abg. Oswalt entgegen, daß zu der Befürchtung einer Ausdehnung auf andere Provinzen gar kein Anlaß vorliege angesichts der bestimmten Erklärungen der beiden Minister.

Abg. Herold (Zentr.), ebenfalls für das Gesetz, legt dar, daß dasselbe lediglich die Volkssitte kodifizire und einen gesunden Bauernstand erhalten helfe.

Abg. Noelle (natl.) betont, in dem Westfalen lebe ein starkes Unabhängigkeitsgefühl, er verabscheue nichts mehr, als den Zwang. Deshalb müsse auf jeden Fall, wie seine Partei es fordere, der Ausschlußvermerk gestattet sein. Redner geht dann noch auf einige weitere nationalliberale Anträge ein. Ein sehr großer Theil Westfalens, das Münsterland freilich nicht, stehe dem Gesetz genau so gegenü[illegible] [illegible]alliberalen.

Abg. Porsch stellt fe[illegible] solches Gesetz weder de[illegible] Wünschen der Bevölker[illegible] [illegible]stfalen dagegen kodifizir[illegible] herrschende Sitte, auch [illegible]e kein Zwang ausgeüb[illegible] [illegible]h mit einem Theil sein[illegible] [illegible] Schlesien für das Gese[illegible]

Nunmehr wird ein von [illegible]tellter Schlußantrag ange[illegible] [illegible] noch gemeldeten v. Ey[illegible] [illegible] Wort abgeschnitten.

Zum § 1 liegt wiede[illegible] [illegible]trag Bachmann vor [illegible]enze von 2000 Mark Gr[illegible] [illegible]ndbesitz auszuschließen.

Abg. Sattler empfi[illegible] [illegible]ade dem bäuerlichen Bes[illegible] [illegible] Ueberwuchern des G[illegible] [illegible]hren wolle. Seltsam ger[illegible] Herren Hahn und Scho[illegible] [illegible]r für den bäuerlichen Be[illegible] [illegible] ein Agrar-Recht geford[illegible] [illegible]ser ganzen Verhandlunger[illegible] allerlei Gedanken Raum [illegible]

Kurz, ehe der Abg. S[illegible] [illegible]inisterpräsident Fürst Ho[illegible] [illegible]reten. Derselbe nimmt [illegible] [illegible]uer das Wort zur Verl[illegible] [illegible]ore, datirt aus Urville v[illegible] [illegible]folge der Schluß der S[illegible] [illegible] 18., Vormittags 11 Uh[illegible]

Abg. Rickert, die [illegible] [illegible]lt es für das Richtigste, [illegible] [illegible]rückgezogen würde, zumal [illegible] [illegible]iderstandes dagegen.

Abg. v. Eynern b[illegible] [illegible]nze Vorlage.

Nach kurzen Entgegn[illegible] [illegible]chönstedt und v. H[illegible] [illegible]r Antrag Bachmann zun[illegible] [illegible]e §§ 1 und 2 unveränder[illegible] [illegible]i den weiteren Paragraph[illegible] [illegible]tionalliberalen Anträge a[illegible]

Bei dem § 11 wird [illegible] [illegible]achmann unter Zustimmu[illegible] [illegible]s Zentrums beschlossen, [illegible] [illegible]mtsgerichtsbezirken Hohen[illegible] [illegible]einertshagen, Menden [illegible] [illegible]akultative Anerbenrecht [illegible] [illegible]öschung nur auf Antrag d[illegible] [illegible]hümers, also nicht auf An[illegible] [illegible]issars) herrschen soll.

Bei § 14, welcher vo[illegible] [illegible]rbberechtigten als Anerben[illegible] [illegible]inem Antrage Bachmann [illegible] [illegible]ntrag Gamp vor.

Nach heftigen Angrif[illegible] [illegible]uf frühere Ausführungen [illegible] [illegible]edner Schmieding, Oswalt und Sattler wird von der Rechten sofort Debatteschluß beantragt und von der Majorität beschlossen.

Abg. v. Eynern antwortet sofort mit einem Antrage auf namentliche Abstimmung über den Paragraphen.

Nachdem der Antrag Bachmann abgelehnt und der Antrag Gamp angenommen, erfolgt über den so geänderten Paragraphen die namentliche Abstimmung. Dabei werden nur 211 Stimmen abgegeben, das Haus ist also beschlußunfähig.

Präs. v. Kröcher setzt (um 2 Uhr 32 Minuten) die nächste Sitzung auf 2 Uhr 45 Minuten mit derselben Tagesordnung an.

In der neuen Sitzung läßt der Präs. von Kröcher sofort in einfacher Abstimmung, ohne Namensaufruf, über den § 14 abstimmen und erklärt den Paragraphen, da sich Zentrum und Rechte dafür erheben, für angenommen.

Abg. Sattler, der sich sogleich während dieses Vorgehens des Präsidenten zur Geschäftsordnung meldete, protestirt alsbald gegen die Gültigkeit dieser Abstimmung, da der Antrag auf namentliche Abstimmung noch immer vorliege. Die namentliche Abstimmung sei, da sich das Haus vorhin als beschlußunfähig herausgestellt habe, noch nicht vollzogen, noch nicht erledigt, müsse also wiederholt werden.

Präs. v. Kröcher und v. Erffa theilen diese Auffassung nicht. Ferner räth

Abg. Im Walle (Zentr.), den Antrag auf namentliche Abstimmung zu erneuern, um die Sache zu vereinfachen.

Die Abgg. Krause (zweiter Vizepräsident), Sattler, v. Zedlitz (freikons.), Sack (kons.), Graf Ballestrem (Zentr.) und v. Heereman (Zentr.), erster Vizepräsident, vertreten demgegenüber entschieden den Standpunkt, daß die vom Präsidenten vollzogene einfache Abstimmung geschäftsordnungswidrig sei. Eine wegen Beschlußunfähigkeit unerledigt gebliebene namentliche Abstimmung müsse unbedingt wiederholt werden. Daß eine rite erledigte Abstimmung nicht vorliege, gehe ja auch schon aus der Art hervor, wie der Präsident das Ergebniß der ersten Abstimmung verkündet habe, indem er nicht gesagt, wie viel Stimmen für und gegen den § 14 abgegeben seien, sondern nur erklärt habe: es seien nur 211 Stimmen abgegeben, das Haus sei also beschlußunfähig. Gegen die Auffassung des Präsidenten spreche im Uebrigen die konstante Gepflogenheit des Reichstages.

Präsident von Kröcher entschließt sich endlich dazu, „falls kein Widerspruch erfolge", die Abstimmung namentlich zu wiederholen. Dies geschieht, die Abstimmung ergiebt Annahme des Paragraphen mit 158 gegen 59 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen.

Eine Debatte erfolgt erst wieder beim § 25. Hier liegt ein Antrag Jürgensen-Groth vor, den Absatz 4 kurz dahin zu fassen, daß ohne jeden Vorbehalt auf Antrag des Betheiligten ein Anerbengut nach dem Verkaufswerth abzuschätzen sei. Nachdem Abg. Jürgensen ihn empfohlen, wird der Antrag ohne jede weitere Debatte abgelehnt.

Auch der Rest des Gesetzes wird unter Ablehnung der nationalliberalen Anträge angenommen.

Die Gesamtabstimmung über das Gesetz ist eine namentliche. Sie ergiebt, daß nur 214 Mitglieder anwesend sind. Das Haus ist also wiederum beschlußunfähig.

Sodann vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr.

Tagesordnung: Wiederholung dieser Abstimmung, dann die Interpellationen Knebel [illegible] betr. Verunreinigung der [illegible] sowie betr. den Piesberger [illegible]

[illegible]tschland.

[illegible] Mai. Das Staatsministerium [illegible]tzung ab. Man nimmt an, [illegible] Stellungnahme der Regierung [illegible]anitz, betreffend die Getreide-[illegible]t hat.

[illegible]e zur Gründung eines Deut-[illegible] hielt gestern eine Versammlung [illegible]dingungen zu erörtern, unter [illegible]ng mit dem bereits begründe-[illegible]ten-Verein stattfinden könne. [illegible] beschloß einstimmig, daß der [illegible]ten-Bund sich mit dem Deut-[illegible] verschmelze.

[illegible] und Portugal.

[illegible] Mai. Trotz offiziöser Ab-[illegible] Ministerkrisis fort. Außer [illegible] Kriegsminister Corka soll kein [illegible] im Amt verbleiben.

[illegible]erbewegung.

[illegible] Mai. In der Wiener Neu-[illegible]demie stellten die Militär-[illegible] ein und fordern die Ent-[illegible]gen Zuschneiders.

[illegible]r Nachrichten.

[illegible] Mai. Im Oberpostdirektions-[illegible]g die Einnahme an Wech-[illegible]er im Monat April 8877,80 [illegible] Mark weniger als in dem-[illegible] Vorjahres.

[illegible]ei von Johs. Trendelenburg [illegible]tdampfer bei der Schiffswerft [illegible] Grabow a. O., in Bau ge-[illegible]n aus bestem Siemens-Stahl [illegible]ut und erhalten eine starke [illegible] ind. HP. mit 9 Knoten Ge-[illegible] Länge beträgt 38 Meter, die [illegible]raft unter Deck 4000 Zentner. [illegible]n ebenfalls zu Passagierfahrt [illegible]en Dampfwinden, werden mit [illegible]besserungen der Neuzeit ver-[illegible] die erste Klasse des Germani-[illegible] Rhederei beabsichtigt, außer [illegible]our, zweimal die Woche bis [illegible]te Verbindung von Stettin [illegible] zurück in Verbindung mit [illegible] von Anklam nach Demmin zu errichten.

— Der Kandidat der Freisinnigen Volkspartei, Herr Professor Stengel-Greifswald, hat seine Kandidatur für Stettin zurückgezogen, an seiner Stelle ist Herr Rechtsanwalt Sparagnapane hier aufgestellt worden. Der Vorstand der Stettiner Freisinnigen Volkspartei hat in dieser Angelegenheit an den Vorstand des Liberalen Wahlvereins das folgende Schreiben gerichtet:

An den Vorstand des Liberalen Wahlvereins, zu Händen E. A. E. O. Kühnemann, Wohlgeboren.

Sehr geehrter Herr!

Dem Vorstande des Liberalen Wahlvereins theilen wir ganz ergebenst mit, daß wir nach Rücktritt unseres Kandidaten, des Herrn Professor Stengel, als neuen Kandidaten für die kommende Reichstagswahl den Herrn Rechtsanwalt Sparagnapane zu Stettin unsererseits aufgestellt haben.

Wir wissen nicht, ob dieser Umstand den Vorstand des Wahlvereins veranlassen kann, von der Kandidatur Broemel Abstand zu nehmen, gestatten uns aber ganz ergebenst, Ihnen von unserem Vorgehen offiziell Kenntniß zu geben. Mit Hochachtung

Der Vorstand des Wahlvereins der Freisinnigen Volkspartei zu Stettin.

J. A.:

Dr. Michaelis, Schriftführer.

— Der Spielplan des Bellevue-Theaters für die nächsten Tage ist in folgender Weise aufgestellt: Dienstag „Der Obersteiger", Mittwoch auf Verlangen „Das zweite Gesicht" mit Herrn Dir. Resemann als „Graf Mengers", Donnerstag „Das Nordlicht".

* Auf Müllers Holzhof an der Parnitzstraße verunglückte gestern Nachmittag ein Arbeiter aus Podejuch, er trug eine Verrenkung des linken Fußgelenks davon und mußte im Krankenwagen nach dem Personenbahnhof befördert werden, um die Heimreise antreten zu können. — Beim Verladen von Steinen kam gestern Nachmittag an der Langenbrücke ein Arbeiter dadurch zu Schaden, daß ihm ein Stein auf den Fuß fiel [...] eine starke Quetschung hervorgerufen w[...] Mann wurde mittelst Krankenwagens [...] Wohnung gebracht.

* Gestern Nachmittag gerieth die [...]kleidung des Hauses Petrihofstraße 10 i[...] und wurden auch Holztheile der Fach[...] sowie Füllhölzer und Schalbretter von d[...] ergriffen. Die Feuerwehr entsandte e[...]spritze zur Hülfeleistung bei den Löschar[...]

* Der Pferdemarkt war [...] gestrigen Nachmittag wieder recht g[...] besonderes Interesse nahm die mit einer [...]rung verbundene Vorführung von Pri[...]pagen und Miethsdroschken in Anspru[...] den Privat-Equipagen wurde[...]zeichnet: mit ersten Preisen diejen[...] Herren Stöwer (Zweispänner) und A[...] Firma C. L. Witzmann (Zweispänn[...] zweiten Preisen diejenigen der [...] Böhm (Zweispänner), Butzke (Ei[...] und Kleit (Einspänner), mit dritten Pre[...]jenigen der Herren Kasten-Stettin un[...] Zabelsdorf (Zweispänner). Von den Dro[...]fuhrwerken erhielten: einen Extra[...] Mark) die Droschke Nr. 10, je einen er[...] (30 Mark) die Droschken Nr. 55, 70 [...] je einen zweiten Preis (20 Mark) die [...] Nr. 74, 154, 155 und 8, je einen drit[...] (10 Mark) die Droschken Nr. 39, 119 [...] eine Anerkennung die Droschken Nr. 49 [...] 116, 125, 28, 32 und 87. — Heute be[...] dem Platz des Pferdemarktes die öffent[...]winnziehung der Lotterie.

Literatur.

Felix Dahn, Sämtliche Werke p[...] Inhalts. Leipzig bei Breitkopf u. H[...] Bände. Von dieser trefflich ausgestatt[...]gabe liegen uns bereits drei Bände vor[...]

Band 1 führt uns in die erst[...] Völkerwanderung 69 n. Chr. und zw[...] Gegend der Rheinmündungen und zeig[...] Sitten der alten Bataver und Fri[...] zeigt uns den Kampf der Deutschen [...] römischen Kaiser und die römische Unsi[...]

Band 6 führt uns in das sech[...]hundert in Italien und hier in das [...] Ost-Gothen unter Theodorich dem Gr[...] seinen Nachfolgern in Italien. Wir [...] wie die Kultur der byzantinischen K[...] Deutsche verführte und die deutsch[...] verdarb.

Band 15. Dieser Band führt [...] Zeit der Vikinger Züge nach Norweg[...] lernen hier den Geist der Normanne[...] wie er in den Eddaliedern erhalten [...] ihre Götter-, Liebes- und Helden-Liede[...]gleiten die Normannen auf ihren He[...] Liebesfahrten.

Und in allen diesen Schilderunge[...] uns bewußt, daß der Verfasser tief ei[...] ist in das Leben der Vorzeiten, [...]schauungen und Sitten der deutschen [...] in die Wälder und Schluchten des [...] Vaterlandes. Wir können die We[...] empfehlen.

Das Sommerhochwasser vom [...] August 1897 im Oderstromgeb[...] Bureau des Wasserausschusses bearb[...] Dr. Karl Fischer. Berlin, Wilhelm [...] Sohn, 1898. 62 S. in 8° und 2 Kar[...] alle Bewohner des Odergebietes ein[...] wichtige Arbeit. Zuerst wird die Witt[...] behandelt, welche die Ueberschwemm[...]gleitet. Unter Beigabe zweier dies[...] Kärtchen für die Provinz Schlesien w[...] der z. Th. wolkenbruchartige Regenfal[...] der letzten Julitage besprochen. D[...] folgende Haupttheil der Arbeit giebt e[...]sicht über die Wasserbewegung in den [...] Flußläufen, sowie über die dadurch her[...]nen Fluthwellen im Hauptstrom und [...]lauf. Hierbei ist besonderes Gewicht [...]legt, die Art und Weise erkennen zu l[...] das ganze Gewässernetz des Oderstr[...] bei der Abführung des Hochwassers [...]wirkte. Mit Genugthuung sieht ma[...] daß in dem großen Oderwerke bereits [...]wellen richtig vorhergesehen waren un[...] Hochfluth, obwohl sie beim Bober u[...] Lausitzer Neiße für mindestens sechs [...] beispiellos dasteht, doch sowohl in den [...] Gewässern, wie in dem ganzen Gewäs[...] Oderstromgebietes denjenigen Verlauf [...] das vom Bureau des Wasserausschuss[...]gegebene Oderstromwerk als typisch hi[...]

Für den amerikanisch-spanischen [...] zahlreiche Karten erschienen. Die g[...] **Habenicht' Karte des genannten [...]schauplatzes** mit 7 Stubenkarten. [...] Justus Perthes. 1898. Preis 1 Ma[...]selbe giebt über die Lage des Kriegss[...] die beste Auskunft und können wir [...]weise empfehlen.

Hartlebens Karte von Kub[...] 1 Mark, bei A. Harleben-Wien, bietet [...] Karte von Kuba, ist dagegen für die N[...]amerikas zu knapp.

Flemmings Generalkarte d[...] einigten Staaten von Nordame[...] Kuba. Preis 1 Mark. Verlag [...] Flemming-Glogau, bietet die größte [...] Nordamerika, wogegen die von Kuba [...]

Eine besondere Karte Flemmin[...] 50 Pf., bietet Kuba, die westindisch[...] und die Philippinen. [139[...]

Wie soll ich mich kleiden? [...] ich anziehen? — Wem machten d[...] wichtigen Fragen nicht öfter Kopfz[...] Die jüngste Tanz-Novize wie die [...] Matrone, das bescheidene Haustöchte[...] die elegante Frau, der tausend Auge[...]bernd nachblicken — alle leitet der [...] gefallen, geschmackvoll und modern g[...] erscheinen. Was soll ich anziehen? [...] Frage beantwortet das wohlbekannte B[...] Modenwelt", Illustrirte Zeitung für T[...] Handarbeiten, aufs sicherste und best[...] eingehendster Sorgfalt wird bei der [...] von Modellen Rücksicht auf die ver[...] Lebens- und Vermögens-Verhältnisse d[...]nen genommen; wiederum aber folgt [...] — bei Vermeidung jedes Uebertrieben[...]zug auf Stoff, Ausputz und Farbe, [...] vollendet geschmackvoller Weise der h[...]